

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 6 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,  
und durch Kolportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
von Woche 20 Pfg.  
Durch die Post bezogen M. 2.50,  
frei ins Haus M. 3.00,  
bei keine Post am Orte, M. 3.50.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Bestellungspreis: Derzeit  
für die einjährige Abonnements-  
zeit 20 Mk.  
Wochentliche Ausgabe 40 Pfg.  
Doppelhefte unter Zugl. 1 Mk.  
Lieferung für Arbeitsmarkt 15 Pfg.  
Auswärtige 25 Pfg.  
Verkehrs-Verpackungs-Gebühren  
15 Pfg.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 55.

Breslau, Freitag, den 6. März 1914.

25. Jahrgang.

## Am 8. März beginnt die rote Woche!

In ganz Deutschland soll jeder Genosse bemüht sein,  
einen neuen Genossen und einen neuen Abonnenten zu werben!

### Die Sozialisten im bulgarischen Wahlkampf.

Sofia, den 3. März 1914.

Die Neuwahlen in Bulgarien finden am 6. März statt. Welchen Charakter die Wahlen tragen, zeigen die Neben- mit denen die Wahlbewegung vom Ministerpräsidenten Radoslawow und dem ehemaligen Minister des Inneren, Genadiew, eingeleitet werden. Beide stellten den Bürgerkrieg in sichere Aussicht, wenn die Regierung bei den Neuwahlen keine Mehrheit bekomme. Radoslawow sagte: „Wenn — Gott möge es verhüten! — die neuen Wahlen der Regierung keine Mehrheit verschaffen, wird über Bulgarien eine Katastrophe hereinbrechen.“ Genadiew spannt diesen Gedanken weiter: „Wenn Ihr Euch weigert“ — so sagte er zu den Wählern — „Eure Stimmen zugunsten der Regierung abzugeben, so werden wir nicht imstande sein, unsere Pflicht zu erfüllen; und dies würde im Lande einen Bürgerkrieg hervorrufen, der für die Existenz des Landes gefährlich werden könnte. Die Sozialisten, die prinzipielle Gegner des Krieges sind, würden den Krieg von den Grenzen in das Innere des Landes verpflanzen.“ Auf diesen Ton ist die ganze Agitation der Regierungspartei gestimmt. Daß die Regierung den Terror in schärfer Form spielen läßt, ist bei Wahlen in Bulgarien selbstverständlich.

Aber die Sozialisten lassen sich nicht im geringsten einschüchtern. Ihre Wahlbewegung setzte ein in dem Moment, als die Kammer aufgelöst wurde. Eine gewaltige Versammlung im größten Lokale Sofias nahm unmittelbar nach der Auflösung der Kammer Stellung zu den Neuwahlen und alle 19 Abgeordnete der vereinigten Sozialisten waren dabei anwesend. Diese eindrucksvolle Demonstration war das Signal zur Eröffnung des Wahlkampfes im ganzen Lande, ein Wahlkampf, bei dem sich die Sozialisten nicht nur mit den bürgerlichen Parteien, sondern auch mit einer Bande von Regierungsdünglingen herumzuschlagen haben, die systematisch alle sozialistischen Versammlungen zu sprengen versuchen. Es wurden sozialistische Protest- und Wahlversammlungen attackiert von dieser Bande in Braga und in Burgas; in letzterem Orte wurden die Regierungsbanden von der Polizei unterhützt und etwa 50 Arbeiter mit Stöcken und Schlagringen verwundet. Das Telegraphen- und Telephonamt weigerte sich, die Berichte über den Krawall in Burgas nach Sofia gelangen zu lassen. Und der offizielle Bericht des Kreisvorstehers stellte den Fall so dar, als ob es sich nur um einen Zusammenstoß zwischen den beiden Fraktionen der Sozialisten gehandelt habe. Die Regierung will die öffentliche Meinung täuschen, sie will den Anschein erwecken, daß auch im Wahlkampf die beiden sozialistischen Fraktionen gegeneinander kämpfen. In diesem Falle aber hat sie sich verspekuliert; der Führer der anderen („engen“) sozialistischen Fraktion, Dr. Magimow, schickte, nachdem er den verwundeten Arbeitern die erste Hilfe angebeihen lassen, eine Protestdepesche an den Minister des Innern, in der er erklärte, die Arbeiter würden mit allen Mitteln die Freiheit der Versammlungen gegen die Gewalttaten der Regierungsbanden verteidigen.

Am folgenden Tage berief die Fraktion der geeinigten Sozialisten eine Protestversammlung gegen den Polizeiterror ein. Die Regierungsbändige griffen wieder die Versammlung an, aber die jetzt vorbereiteten Arbeiter erteilten diesem Gesindel eine exemplarische Lektion. Eine richtige Schlacht fand statt. Einige der Angreifer wurden durchgeleutet und verwundet, und die übrigen ergriffen die Flucht. Die Arbeiter, die darauffin verhaftet wurden, waren bald unter dem Druck der Eisenbahnarbeiter, die eine imposante Demonstration veranstalteten, wieder auf freiem Fuße. Nach einigen Tagen wurde eine Versammlung der „engen“ Sozialisten unter freiem Himmel bei großem Menschenzulauf und unter dem Schutze der bewaffneten Arbeiter, die den beiden Fraktionen angehörten, abgehalten. Die Versammlung vertief ohne irgend einen Zwischenfall.

In Philippopol versuchten die Banden das Meeting der engen Sozialisten zu sprengen, aber auch dieser Versuch wurde durch die Arbeitergarde vereitelt. Und als auch der Plan der Polizei, in das Versammlungslokal einzudringen, um den sozialistischen Redner, den Abg. Kolarow zu verhaften, mißlang, verlangten die Behörden Militär. Die bulgarische Armee ist aber jetzt nicht mehr das, was sie vor dem Kriege war. Die Arbeiter erklärten den Soldaten, wozu man sie gebrauchen wollte, und daß ihr Eindringen in das Lokal eine Verletzung der durch die Verfassung garantierten Rechte

bedeute. Da weigerten sich die Soldaten, den Befehl ihrer Vorgesetzten auszuführen, und kehrten in die Kaserne zurück. Hierauf erging eine Ordre des Kriegsministers an die militärischen Befehlshaber des Inlands, der Polizei keinen Beistand zu leisten, weil, in Anbetracht der in der Armee herrschenden Stimmung, die Soldaten leicht zu den „Aufrührern“ übergehen könnten. Die Regierung ist nun gezwungen, sich ausschließlich auf die Polizei und die aus „echt-bulgarischen“ Leuten zusammengesetzten Banden zu verlassen.

Um der Polizei und diesen Banden die Arbeit gegen die sozialistischen Versammlungen und Agitatoren zu erleichtern, ließ die Regierung ein Rundschreiben ergehen, kraft dessen die Veranstalter öffentlicher Versammlungen der Polizei vierzehn Stunden vorher Anzeige von Ort und Zeit der Versammlung zu machen haben. Die lokalen Behörden gehen in ihrem Eifer noch weiter und verlangen daselbe auch für die Versammlungen in geschlossenen Räumen. Das ist grobe Verletzung der Verfassung, nach der alle Bürger sich in geschlossenen Räumen ohne polizeiliche Erlaubnis versammeln können. Es ist selbstverständlich, daß diese gesetzwidrige Anordnung häufige Konflikte zwischen den Behörden und den Sozialisten hervorruft. Die Polizei benutzt diese Konflikte, um die Versammlungen durch ihre verkleideten Agenten und Söldlinge zu sprengen oder die sozialistischen Redner zu verhaften.

Auf diese Weise wird die Agitation der Sozialisten in den breiteren Volksmassen möglich.

Während der ersten Wahlen hielt die Regierung die bürgerlichen oppositionellen Parteien für ihre gefährlichsten Gegner und deshalb nahm sie keine Notiz von den Sozialisten, die nach ihrer Meinung ohne irgendwelche Bedeutung waren. Sie hatte gar keine Ahnung von der revolutionären Gärung, die tief in alle Schichten der Bevölkerung eingedrungen war. Aber damals haben alle oppositionellen Parteien zusammen nur 25 Mandate erworben, während die Sozialisten allein 37 erhielten. Nun dämmert der Regierung die Erkenntnis, daß die größte Gefahr für sie bei den Sozialisten liegt. Und deshalb wendet sie sich nun mit aller Kraft gegen diese, indem sie einerseits die sozialistische Agitation unterdrückt und andererseits die Bevölkerung durch das Gespenst eines gräßlichen Bürgerkrieges und des Sturzes der Ferdinand-Dynastie einschüchtert.

Die Entschlossenheit des Kabinetts Radoslawow, mit allen Mitteln die Regierungsgewalt zu behaupten, führt unvermeidlich zu einer Vereinigung aller oppositionellen Parteien gegen die Regierung. Das erste Beispiel haben schon die sozialistischen Fraktionen gegeben. Außer den schon erwähnten Fällen traten sie auch in verschiedenen anderen Orten gemeinsam auf. In Dubniza zum Beispiel gelang eine ordentliche Wahlversammlung nur dank der gegenseitigen Unterstützung der „engen“ und vereinigten Sozialisten. Um die Sozialisten haben sich alle Arbeiter und die übrigen Bürger geschart. Und nur so konnte die Verhaftung des sozialistischen Redners Muletrow verhindert werden. Daselbe geschah in Belgradisch, wo es den Sozialisten im Verein mit den Bürgern und Bauern gelang, den verhafteten sozialistischen Abgeordneten Charlawow aus den Händen der Polizei zu reißen. Auch in anderen Städten haben die Arbeiter ihre eigene „Polizei“ gegen die Ausschreitungen der Regierung gebildet. Aber das sind leider immer nur einzelne Fälle. Die gegenwärtige politische Situation erfordert aber eine innigere Vereinigung der einander nahestehenden und besonders verwandten Parteien.

Die Unmöglichkeit der Verschmelzung der beiden sozialistischen Fraktionen zu einer Partei zwingt die Fraktion der vereinigten Sozialisten unter dem Einfluß ihres opportunistischen Flügels eine Annäherung an die bürgerliche Opposition zu suchen, während die andere Fraktion in absoluter Ohnmacht verharrt.

Es scheint wirklich, als ob die Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen in Bulgarien erst dann zustande kommen könnte, wenn die Reaktion alle sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisations unterdrückt hat und wenn alle Gefängnisse von den sozialistischen Führern, Redakteuren und besonders auch von den Leuten voll sind, die durch ihren persönlichen Einfluß das natürliche Streben der Arbeitermassen nach der Vereinigung am meisten verhindern. Wenn die Sozialisten auf den Augenblick warten, wo die Reaktion ihren vollen Triumph feiert, dann ist es leicht möglich, daß es für eine fruchtbare Vereinigung zu spät ist.

### Politische Uebersicht.

Der beleidigte Kronprinz.

Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin fand am Donnerstag ein Prozeß wegen Beleidigung des Kronprinzen gegen die Redakteure der „Welt am Montag“, Alfred Scholz und Hans Leuß, statt. In der Nummer vom 12. Januar d. J. brachte die „Welt am Montag“ einen mit Hans Leuß unterzeichneten Artikel mit der Ueberschrift: „Wilhelm der Letzte“. In diesem Artikel wurden die Telegramme erwähnt, die der Kronprinz angeblich an den General v. Demling in Straßburg im Elsaß und an den Oberst v. Neuter, damals in Zabern, gerichtet hat. In dem ersten Telegramm hieß es am Schluß: „Bravo!“, in dem zweiten, in dem auf die Vorwänge in Zabern hingewiesen wurde, „Immer feste druff!“ Außerdem wurde auf den Regimentsbefehl des Kronprinzen, nach dem er sich von seinem Husarenregiment in Langfuhr bei Danzig verabschiedete, hingewiesen und bemerkt, daß durch derartige Aeußerungen die republikanische Gesinnung im Volke nur gefördert werde. Es sei ein Glück, daß der Kronprinz vielleicht erst in dreißig Jahren zur Regierung kommen werde, da durch ihn der Friede Europas gefährdet werden könnte.

Die Staatsanwaltschaft erhob wegen dieses Artikels gegen die Redakteure der „Welt am Montag“ Anklage. Die Verhandlung fand am Donnerstag unter starkem Andrang des Publikums statt. Hans Leuß, dessen Name unter dem Artikel stand, bestritt sich als Verfasser, bestritt aber, die Absicht gehabt zu haben, den Kronprinzen zu beleidigen. — Alfred Scholz beruft sich auf den als Zeugen geladenen Expedienten der „Welt am Montag“, daß dieser den Artikel in Druck gegeben habe, er (Scholz) ihn aber vor der Veröffentlichung nicht gelesen habe. Leuß sei seit länger als zehn Jahren Redakteur der „Welt am Montag“, er unterzeichnet sämtliche Artikel mit Namen, deshalb habe er sich um diesen Artikel nicht gekümmert, zumal dazu keine Zeit vorhanden war.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses werden die Öffentlichkeit und die Pressevertreter während der ganzen Dauer des Prozesses wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung ausgeschlossen.

Als Zeugen wurden nur ein Expedient und der Verleger der „Welt am Montag“ vernommen. Dann begründete der Staatsanwalt die Anklage und beantragte gegen den Redakteur Alfred Scholz die Freisprechung, gegen den Schriftsteller Hans Leuß 9 Monate Gefängnis. Der Verteidiger bildete in längeren Ausführungen für Freisprechung, wofür er Anträge sich der Angeklagte Leuß anschloß. Weiter beantragte er den Oberst v. Neuter über die Echtheit der Kronprinzentelegramme zu vernehmen. Der Gerichtshof lehnte den Antrag ab und unterstellte die Behauptung des Angeklagten als wahr, daß er an die Echtheit der Kronprinzentelegramme geglaubt habe.

Nach sehr langer Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hofmeister in öffentlicher Sitzung: Der Gerichtshof hat den Angeklagten Leuß wegen Beleidigung des Kronprinzen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und ihm die Kosten des Verfahrens aufgelegt; außerdem die Vernichtung der Artikel usw. beschlossen; den Angeklagten Scholz dagegen freigesprochen.

Der Gerichtshof hat aus der Verhandlung die Uebersetzung gewonnen, daß der Angeklagte Scholz den Artikel vor dem Druck nicht gelesen habe; dagegen hat er in der Ueberschrift des Artikels „Wilhelm der Letzte“ und in der ganzen Abfassung nicht eine Mahnung des Angeklagten Leuß, wie dieser behauptet, erblickt, um auf die engere Umgebung des Kronprinzen einzuwirken und diesen von weiteren ähnlichen Meinungsäußerungen abzuhalten. Der Gerichtshof ist im Gegenteil der Meinung, daß der Angeklagte Leuß absichtlich den Kronprinzen in ehrenverletzender, böswilliger Weise beleidigt habe. Das geht ganz besonders daraus hervor, daß in dem Artikel stand, der Kronprinz sei nicht würdig, den deutschen Kaiserthron zu bestiegen. Der Angeklagte Leuß ist wohl nur zweimal wegen Freisprechens vor längeren Jahren bestraft, jedoch angefaßt der großen Achtung und böswilligen Ehrverletzung hat der Gerichtshof dem Angeklagten keine mildernden Umstände zuzulassen können, sondern, wie geschehen, erkannt.

Den Verhandlungen wohnte, bis die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, ein Vertreter des Kronprinzen und der Urteilsverkündung ein Mitglied der Kronprinzlichen Hofhaltung bei. — Der Polizeipräsident v. Jagow hatte zu der Verhandlung ein halbes Duzend Schutzleute kommandiert, weil befürchtet wurde, es könnte ein Waffenandrang stattfinden und ein polizeiliches Eingreifen notwendig sein. Diese polizeiliche Fürsorge erübrigte sich aber vollständig, da fast nur Pressevertreter anwesend waren.

### Der Kaplan und seine Nachbarn.

Im kirchlichen Lager gibt es wieder eine recht nichtliche und für den Verkehrston, den die Christlichen Brüder untereinander anschlagen, recht bezeichnende Diskussion.

In einer Berliner Versammlung hatte vor kurzem ein Kaplan, der aus einem schlesischen Adelsgeschlecht stammt und früher Regierungsreferendar in Breslau war, sich auf die Seite des Grafen Oppersdorff gestellt. Daraufhin brachte die „Neisser Zeitung“ einen Aufsatz, in dem es über diesen Priester hieß:

Wo soll denn der Herr die Kenntnis des kanonischen Rechts herhaben, da er sich vor nicht langer Zeit doch mehr mit dem Studium des Breslauer Rechts befaßte, als mit dem der einzelnen Disziplinen der Theologie beschäftigte. Oder hat der Regierungsreferendar kanonisches Recht studiert, als er sich mit der Frage befaßte, wie man gewisse Nachschichten in die Autonomie schmeicheln kann, die Türen verschließen und die Insassen dahin fahren lassen, wohin sie nicht wollten? Darauf versteht sich der Herr besser.

Gegen diese Art der Polemik wendet sich nun Graf Oppersdorff in einem offenen Brief an den Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse. Hier heißt es:

Es aber, meine Herren, von der Pflege der katholischen Presse werden sich bei der Gefahrung ihrer eigenen Ehre der Nachprüfung der Frage nicht lösen können, ob denn wirklich Elemente, wie die hier gemeint werden, fernerhin noch Mitarbeiter oder gar wie Herr v. N. Neue (diesem Herrn hält Graf Oppersdorff für den Verfasser des Artikels) mitwirkendes Sektionsmitglied Ihres zur Hebung der katholischen Presse gegründeten und angeblich tätigen Vereins bleiben können. Die Deutlichkeit soll und wird Zeuge dessen sein, was nunmehr geschieht.

Der Priester, der sich nach einer scheinbar recht lustig verlebten Jugend jetzt als integraler Katholik präsentiert, ist ja eine ganz amüsante Figur, aber wenn man bedenkt, wie eifrig die Zentrumsorgane sonst bemüht sind, über Menschlichkeit und Weisheit der Kleriker den Mantel der christlichen Nächstenliebe zu decken, und wie sie sich entsetzen, wenn man anderer Seite der Schleier ein wenig gelüftet wird, dann kann man Herrn Oppersdorff und seinen Klagen über die Verwilberung der Zentrumspolemik beistimmen.

### Gegen den Gebärzwang.

In der gestern erwähnten Berliner Versammlung, in der die Genossen Brey, Silberstein und Frau Zieg gegen den Gebärzwang sprachen, wurde die nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammelten erheben den schärfsten Protest gegen den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung der Geburten.

Sie sehen in dem referierten Gesetz einen unerträglichen Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen, der sich zudem in der Praxis zu einer scharfen Klassenmaßregel gegen die Weiblichen gestalten würde. Die geforderten Gesetzesbestimmungen werden fernweg von der Geburtenrückgang her, wohl aber schwere gesundheitliche und moralische Gefahren für die Bevölkerung mit sich bringen.

Die Versammelten halten die Einschränkung des Geburtenrückgangs nur für möglich durch weitgehende soziale Reformen die geistliche und den materielle und geistlichen Aufstieg der Arbeiterklasse zu erleichtern. Dazu gehören:

1. Ein gründlicher Ausbau des Arbeiterschutzes, insbesondere eine Verhinderung der Arbeitszeit für Jugendliche und Frauen; Schutz vor dem Einfluß gewerblicher Güte auf den Organismus der Arbeitenden; Schutz vor schädlichen Arbeitsmethoden und Arbeitsarten.
2. Weitgehende Gewährung des gesetzlichen Schutzes und der Fürsorge für Mütter und Säuglinge.
3. Staatliche und kommunale Einrichtungen, die der arbeitenden Frau die Mutter- und Hausfrauenpflichten (Schulbildung, Erziehung von kommunalen Kindergärten, Kinderhorten u. a. m.) erleichtern.
4. Verbilligung der Lebensmittel durch Abbau der Zölle und indirekten Steuern und Beschaffung von Lebensmitteln durch die Kommunen.
5. Strenge Wohnungsreform.
6. Sicherung eines freien Koalitionsrechtes als Mittel zur Erreichung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen.
7. Ein demokratisches Wahlrecht für alle volljährigen Staatsbürger beider Geschlechter zu allen gesetzgebenden und öffentlichen Verwaltungsvorgängen als ein Mittel zu ihrer wirksamen Ausübung.

Die Regierung erreicht also mit ihrer Absicht das Gegenteil dessen, was sie herbeiführen wollte.

### Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen. (Nachdruck verboten.)

„Mit sind Sie geweiht, Signor“, sagte er laut — „der gute Frate Ambrosio, der gültige Beschützer meiner armenigen Jugend, ist mit nicht erwidriger und heiliger als Sie.“

„Ich für das gem“, erwiderte Giraldi: — „der schönste Schmud des Jünglings ist ein dankbares Gemüt. Zum Lohn dafür kann ich dir den Segen des guten Frate übermitteln — ich habe jedoch einen Brief von ihm. Doch davon später. Zuerst Deine diesigen Angelegenheiten — hast Du sie endlich wieder einmal gesehen und gesprochen?“

„Mir gesehen, Signor — als sie eben aus ihrem Atelier nach dem Hause ging. Sie anzusprechen, wage ich nicht — sie spricht, sagen sie, mit niemand, und niemand darf in ihr Atelier, nur —“

„Ihr Vater bemerkt?“

„Eine Dame, Signor, in schwarz und tief verschleiert, welche regelmäßig jeden Nachmittag auf eine Stunde kommt — er in Atelier nehmen an, es sei ein Modell.“

„Ist möglich es ist erwidert; Antonios Herz pochte, bevor Giraldi Antwort kam.“

„Eine Dame in schwarz und tief verschleiert?“ wiederholte Giraldi langsam, als ob er den Umständen in ernste Erwägung ließe: — „und nur ein Modell?“ Das ist doch sehr unwahrscheinlich und höchst bedenklich. Das müssen wir herauszubringen suchen.“

„Er lag! — Die ein Schwert fuhr es durch Antonios Seele: er hatte dem Manne sein Geheimnis vertraut, den Vertrauen selbst — alles, alles in seine Hände gegeben, wie dem Priester in der Beichte, und — er lag!“

„Ich habe es herauszubringen gesucht, Signor“, sagte er, — „vergebens! Da sie kommt und geht, während unser Atelier nicht nachher; mich auch, ohne Aufsehen zu erregen, nicht erkennen. Gestern besuchte ich es doch unter irgend einem Vorwand — ich kam zu spät. Ein Wagen — keine genügende Dräse, Signor — eine weitere de renisse — hielt, einige Schritte von Hause entfernt, unter den Bäumen des Kanals; die Anbelanger hier hinein und war im Nu verschwunden.“

„Er wird es das nächste Mal schauer anfangen, dachte Giraldi; sie darf auf keinen Fall wieder hingehen.“

„Um welche Stunde ist es?“ fragte er.

„Im Anfang zwischen fünf und sechs; jetzt — ich glaube der größten Sicherheit wegen — zwischen vier und fünf.“

„Er! — Ich werde morgen selber in meinem Wagen nachsehen; sie soll uns nicht entziehen, verlaßt Dich darauf!“

„S. 2.“

Frau Hamm soll weiter sitzen! Infolge der Kritik, die sowohl im Reichstag wie im Landtag an der Verurteilung der Witwe Hamm in Haidersbach selbst wurde (sie wurde wegen Weiblichkeit zur Ermordung ihres Mannes am 14. Jahren hingerichtet), hatte die Elberfelder Strafkammer beschlossen, Frau Hamm wieder auf freien Fuß zu setzen. Die Frau ist entlassen worden, aber hiergegen hat am Donnerstag der Staatsanwalt von der Elberfelder Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt. Wie der Staatsanwalt in der gegenwärtigen Situation, wo alle Welt von der Unschuld der Frau Hamm und dem Beschluß der Geschworenen überzeugt ist, noch derartige Schritte unternimmt, erscheint unerklärlich.

**Totalitarergesetz für Besoldungsbeamte.** Dem Bundesrat wird in der nächsten Woche das neue Totalitarergesetz zu gehen. Das Gesetz soll die Zulassung von kongestionierten Buchmachern nach österreichischem Muster bringen. Den von diesen Buchmachern abgeschlossenen Weltverträgen wird Rechtsfähigkeit verliehen. In Bundesratskreisen erwartet man, daß die Grundsätze des Gesetzes ausreichen werden, um die durch die neue Beamtenbesoldungsnovelle und das Gesetz über die Aufbesserung der Altpensionäre entstehenden Ausgaben zu decken.

**Er nicht noch.** Berliner Blätter brachten dieser Tage die Meldung, daß die Stellung des Landwirtschaftsministers Freiherrn von Schorlemer erledigt sei und der Minister nach Schluß oder Vertagung des Landtags von seinem Posten zurücktreten werde. Diese Meldung ist, wie dem „Vollständigen Telegraphen-Bureau“ von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in jeder Beziehung freier und ein.

**Die Mittelhand!** Wenn die staatsverhüllende Dreiklassenredaktion helfen könnten, müßte die längst im siebenten Himmel sein. Zum 7-ten Mal wiederholten die Redner des Zentrums, der Freikonserverativen und Nationalliberalen am Donnerstag ihre so oft gehörten Mittelhandreden, vom § 100 g bis zum Warenbezug der Beamten und dem Arbeitswilligkeitstuch und dann noch einmal zurück bis wieder zum § 100 g. Herr Eybow äußerte kein Wohlwollen für die wirtschaftliche Reaktion und der Fortschrittler Wenzel ätzte die Mehrheit durch einen Vergleich zwischen der so oft betonten Mittelhandfreundlichkeit in der Theorie und der Praxis, die dem Mittelstand ein gerechtes Wahlrecht verweigert. Freitag sprach Genosse Reinert.

**Noch eine Maßregelung eines Schuhmanns.** Nach der „Voss. Ztg.“ hat sich die Zahl der Opfer der Berliner Schuhmanns-Vereinigung um eins erhöht. Der berittene Schuhmann Eckert, der das Schachmeisteramt des Vereins bekleidete, wurde zur Fußtruppe zurückverlegt.

### Ausland.

**Verstärkung der Einwanderungsgesetzgebung.**

Die in den ersten Februartagen vom Repräsentantenhaus in Washington beschlossene Revision des Einwanderungsgesetzes, die bekanntlich hauptsächlich auf Verdrängen des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes zurückzuführen ist, wird nach den neuesten Meldungen aus Washington in einer Weise ungetrempelt werden, die fast alle von Compers und Wittich beklagten Mängel, vor allem die famole „Bildungsprobe“ und die zur Ausdehnung der Abwandernden Bestimmungen, über Bord wirft und nicht vielmehr als einen unfairen Streich gegen das politische Asylrecht übrig läßt. Die Bill hat den Senat noch nicht passiert, in dem sie eine Behandlung zu erwarten hat, die zweifellos ihre Rückverweisung an das Unterhaus erforderlich machen wird. Schon hat die Regierung es aber bei den Gelegenheiten durchgeleitet, daß das Verbot der Hindu- und Mongolen-Einwanderung fallen gelassen wurde, und dabei wird es wohl auch bleiben, obwohl das Land das Schaulpiel erlebt hat, daß der aus dem japanerzesserischen Kalkornien bezogene einseitige Einwanderungs-Kommissar Cammetti, der dem „Gewerkschaftsverband“ Arbeitsminister Wilson unterstellt ist, vor dem zuständigen Senatskomitee gegen den Standpunkt der Gesamtregierung in schärfster Weise vom Leder gezogen hat. Die „Bildungsprobe“, die dem Lande die Analphabeten fernhalten sollte — die Feinde der Einwanderung hatten sich damit ein erfolgreiches Mäntelchen umgehängt — hat aber bereits dazu geführt, daß Präsident Wilson mit Vorliebe der Bill drohe, und die Ausmerzung dieser Vorherrschaft steht denn auch schon fest. Was übrig bleibt, ist die Ausschließung aller „Besitzer der Gewaltthat“, die radikale Vernichtung des Nihilismus!

**Die Lage im Epirus.** Seit Verkündigung der Autonomie in Arroyocastro und Premeti liegen keine neuere Nachrichten aus Nord-Epirus vor. In Premeti wollten der dortige Regierungsvertreter und Polizeimeister die Einsetzung der autonomen Behörden verhindern. Sie wurden aber mit bandell. Chimara wurde von der geringen Besatzung geräumt. Die Bewohner baten die Soldaten, an ihrer Seite zu

kämpfen und hielten ein Geschütz zurück, das die Truppen jedoch unbrauchbar machten. Die Post- und Telegraphenverbindung ist fast ganz unterbrochen. In Nord-Epirus besteht nur noch eine Telefonverbindung zwischen Arroyocastro, Premeti, Plakoski und Santi Quaranta. Die griechischen Postämter arbeiten nicht mehr. Neue Postwertzeichen der Autonomie werden gedruckt. In Korça herrscht Ruhe. Sämtliche Geschäftsstellen sind geschlossen. Die Bewohner bleiben in ihren Häusern. Die Uebergabe des Bezirkes Colonia an die albanische Gendarmerie steht bevor. Es verlautet, daß die albanische Regierung Absicht hat, nach Arroyocastro geschickt zu werden, um sich wegen des Privilegiums der Epiroten mit der provisorischen Regierung direkt zu verständigen. Der Gesandtenbericht über die Abtretung der Insel Sossio an Albanien ist bisher in der Kammer nicht vorgelegt worden.

**Obstruktion im österreichischen Abgeordnetenhaus.** Das Abgeordnetenhaus hat in der gestrigen Eröffnungssitzung der neuen Session genau dasselbe Bild wie vor der Vertagung, nämlich die Obstruktion und völlige Mattigkeit der Parteien. Gleich zu Beginn der Sitzung sprachen drei scheidende Redner zur neuen Geschäftsverhandlung, so daß von einem Einsetzen in die Tagesordnung keine Rede sein konnte. Der Präsident Dr. Sylvester, der die Geschäftsordnung diesmal etwas schärfer handhabte, hat sämtliche drei Redner das Wort entzogen. Da der Krawall bei den Debatten nach jeder Wortentzählung einen progressiven Charakter zeigte, wurde die Sitzung unterbrochen, und es trat die Domänenkonferenz zusammen, um zu beschließen, was weiter geschehen solle. Wie es heißt, wurde der Beschluß gefaßt, das Abgeordnetenhaus auf acht Tage zu vertagen.

**Ausführung des schwedischen Reichstages.** In beiden Kammern des Reichstages wurde folgendes Schreiben des Königs verlesen:

Da ich aus der Sorge für die Sicherheit des Reiches heraus, die meine königliche Pflicht ist, mich veranlaßt gesehen habe, meinem Volke Gelegenheit zu geben, durch Neuwahlen zur zweiten Kammer seine Ansicht über die Vertretung der Nation auszusprechen, so habe ich beschloffen, den Reichstag aufzulösen und im ganzen Reiche Neuwahlen zur zweiten Kammer anzuordnen. Ich werde später die Zeit bestimmen, wenn der Reichstag aufs neue zusammentreten soll.

**Hampollos Kammerdiener verhaftet.** Während der Kampf um die Erbschaft des Kardinals noch in voller Schärfe andauert, hat plötzlich ein anderer Gegenstand Aufmerksamkeit der Kammerdiener Weppino, der das unbedingte Vertrauen des Kardinals besaß, hat sich als Dieb entpuppt und ist verhaftet worden. Dadurch erscheint nun auch einmal das Verschwinden des Testaments in ganz anderem Lichte. Man hat den Beweis, daß der Kammerdiener sich Gebrauchsgüter des Kardinals aneignet hat; es ist daher wahrscheinlich, daß er auch Geld genommen, und den Beweis dafür dadurch hergestellt hat, daß er das Testament aus dem Wege räumte. Daß der Kardinal ein neues Testament gemacht hat, geht übrigens mit Bestimmtheit aus einem Zettel hervor, in dem er die Namen mittellose Priester aufzählt, denen „seine Erben“ Vermögen überweisen sollen. Das aufgefundenen Testament setzt nur einen einzigen Erben ein: wie hätte da der Kardinal im Plural sprechen können? Vermutlich hat der verhaftete Diener den Schlüssel des Geheimnisses.

**Die Arbeiterbildungsschulen in Belgien.** Am 1. März taute in Brüssel der erste Kongreß der Sekretäre der belgischen Arbeiter-Vildungsschulen. Es waren etwa 60 Delegierte anwesend. Man unterhielt sich zuerst über die Unterrichtsmethode. Genosse Delvigne schloß vor, daß man in allen Orten wo dies möglich ist, eine Art Elementarschule gründe; in den Hauptorten der Provinz Hochschulen und überall, wo es verwirklicht werden kann, Rednerschulen, wo man den Genossen lernen würde, zu lehren. Vandevelde ist mit dem Vorschlag Delvignes einverstanden. Die Mittel seien vorhanden, um die Arbeiterbildungsschulen auszubauen. Im weiteren Verlauf der Debatte glaubt Vandevelde, daß die Bildungszentrale die Lehrbücher herausgeben werde, die in den Schulen notwendig sind. Die Broschüren sind oft nicht eingehend genug, während die größeren Werke für die Arbeiter zu teuer sind. Zur künstlerischen Erziehung der Arbeiter hielt es Vandevelde für notwendig, daß von der Bildungszentrale Sammlungen von Reproduktionen der besten Werke der Kunst herausgegeben werden, um an der Hand eines Unterrichtskurses über die Geschichte der Zivilisation in den Schulen die Arbeiter künstlerisch zu erziehen.

Der Kongreß schloß seine Beschlüsse. Die zahlreichen Anregungen über die Ausgestaltung der Schulen, über die Zusammenhaltung der Schüler während der Zeit der Kurie waren

und nun weiter! Aus dem Gespräche seines Maestro und des Kapitäns noch immer nichts von Belang? Der betreffende Name nicht erwähnt?

„Nein, Signor! im Gegenteil! seit die junge Dame abgereist ist —“

„Ich weiß — vor drei Tagen“

— sind sie sehr vorsichtig geworden und sprechen so leise, daß es unmöglich ist, mehr als hin und wieder ein Wort zu verstehen. Dafür fand ich jedoch diesen Brief, welchen der Maestro heute Vormittag erhalten und den Tag über wohl ein Dutzend mal gelesen, auch dem Kapitän, als er am Mittag kam, gezeigt hat.“

„Es war gefährlich, einen Brief, welcher ein so großes Interesse erregt, zu entzünden.“

„Der Maestro hatte ihn, wie er mit allen Briefen zu tun pflegt, in das Pult geworfen; als er vorhin fortging, auch wirklich zugesprochen und den Schlüssel mitgenommen; ich verstehe längst, das gedrückte Schloß ohne Schlüssel zu öffnen. Morgen früh findet er den Brief wieder im Pult.“

„Von wem ist der Brief?“

„Ich glaube, von der jungen Dame — es ist eine entsetzliche Handschrift, Signor!“

Giraldi nahm Antonio den Brief aus den Händen und trat an das Fenster, das letzte Licht des Tages zur Dekläre zu benutzen.

Ein abergläubiges Grausen durchzitterte Antonio, als er sah, mit welcher unheimlicher Geschwindigkeit der Mann am Fenster die letzten Seiten des Briefes durchließ, von denen er, der sich so viel auf seine Kenntnis des Deutschen zugute tat, kaum eine Zeile zu lesen vermocht hatte. Wie durfte er wagen, sich in einen Kampf der Schlauchheit und Klugheit einzulassen mit ihm, der alles durchschaute, alles wußte, als fände er mit dem bösen Teufel im Bunde! Und doch! Einmal wußte er nicht: daß er, der ihn, während er da am Fenster stand und das Abendlicht wie eine Aureole um sein schwarzes Haupt leuchtete, durchhören würde mit dem Stille hier in seiner Brust, wenn er es wagen sollte, ihn zu betrügen und zu verraten, wie er ungewisselhaft sonst alle Welt verriet und betrog.

Giraldi hatte die beiden letzten Seiten langsam gelesen, als die vorgehenden; er las sie jetzt sogar noch einmal. Dann entzündete er, ohne ein Wort zu sagen, die Kerze, welche auf seinem Schreibtische stand, setzte sich und begann, wie es schien, diese beiden letzten Seiten abzuschreiben. Die Feder lag über das Papier, fast so schnell, wie vorher sein Auge über die Seiten. In wenigen Minuten war es getan; er gab den Brief Antonio zurück. — „So! jetzt lege ihn wieder an Ort und Stelle — mit größter Sorgfalt. Und bringe mir jeden Brief in dieser Handschrift. Du läßtst mir dadurch einen großen Dienst, und meine Dankbarkeit wird mit Deiner Bereitwilligkeit, mir zu dienen, Schritt halten.“

„Ich tue, was ich tue, um Ihre Willen, Signor!“ sagte Antonio: — „ohne die Hoffnung, die Erwartung eines Lohnes. Den einzigen, den ich mir wünsche, können selbst Sie mir nicht gewähren.“

„Reinst Du?“ erwiderte Giraldi: — „was weißt denn Du, Anabe, was ich vermag, oder nicht vermag? Ich sage Dir, Anabe, daß Könige zittern, wenn sie fühlen, daß Gregorio Giraldi's Hand auf ihnen liegt; daß der heilige Vater in Rom selbst sich nur so lange unerschrocken weilt, als ich in seiner Nähe bin! Und ich sollte Dir den Wunsch Deines Herzens nicht erfüllen? Dir das schönste Weib nicht in die Arme liefern, das Du jeden Augenblick besitzen kannst, so Du nur willst! Willst Du nicht jung und schön? bist Du nicht stark und mutig? was ist einem jungen schönen Mann, der stark und mutig ist, unmöglich, einem Weibe gegenüber? kennst Du nicht die Geschichte von der Lucretia und dem Tarquinius? glaubst Du, daß die Gaben der Aphrodite verlieren, wenn sie geraubt werden? sie sind von Gold, mein Sohn; Gold kostet nicht! Und, wenn Du meinst, daß, wie wohl möglich, das Mädchen in den schwarzen Loden des Königssohnes bereitet zu dem Herzen der Schönen sprach, als selbst der Dolch in seiner Hand — o, des Kleingläubigen! Ich sage Dir: es sind die Jeteri Sauls noch nicht vorüber, der ausging, seines Vaters Esel zu suchen, und ein Königreich fand. Der Brief in Deiner Tasche könnte es Dir beweisen. Dünkst Du dich ein Gelehrter, als jener plumpe deutsche Schiffmann? gewiß nicht! und er hat sich die Liebe eines deutschen Mädchens erworben, zu welcher Werte seines Standes sonst nicht die Augen aufzuschlagen wagen. Und nun gar Du! Weilt Du nicht, daß Gott die Hirten immer besonders geliebt hat und sich ihnen gnädig erweist? Hast Du, als Du Deine Knieen auf den knorrigen Bergen triebst, aus dem Donner der Katarakten des Anto oder aus dem Säuseln des Windes in dem Eichenhain von Arsof die Stimme nicht gehört, die da sagte: Du armer brauner zerlumpter Anabe, in wenigen Jahren wirst Du, ein hübscherer Jüngling, in der Bekleidung der Signori, welche dort in der prächtigen Karosse die häufige Landstraße daherkommen, die Straßen der Hauptstadt nordischer Barbaren durchwandern, deren Namen Du heute noch nicht kennst? Glaube mir, mein Sohn, es gibt solche Stimmen für jeden; man muß sie nur verstehen, wie ich noch immer die Stimme verstanden habe, die zu mir spricht. Oder, willst Du meinem Gemüt nicht vertrauen. Ich wüßte zu Dir sprechen durch den Mund des ehrwürdigen Mannes, der Deine jetzt noch heute Deine Knieen weilt. Ich hätte ihm von Dir gesprochen, und was es doch wunderbar sei, daß Du, ausgestattet mit bloßen Gaben des Leibes und der Seele, von so Niedrigen abflammen solltest, wie die Götzen sein müssen, in denen die Deine Eltern verehrt hast, — was antwortet er darauf?“

(Fortsetzung folgt.)

jedoch gute Anregungen und werden den Arbeiterbildungsschulen unserer belgischen Genossen reiche Früchte bringen.

**Erhöhung des Viehexportes aus Mexiko.** Präsident Huerta verhinderte durch eine hohe Exportabgabe die Viehexporte aus Mexiko.

## Gewerkschaftliches.

### Lohnbewegungen in der Granitindustrie.

In Pasing (Schlesien) wurde soeben für 720 Granitarbeiter ein umfangreicher Tarif zum Abschluß gebracht, der den Arbeitern wesentliche Verbesserungen bringt.

Die Striegauer Unternehmer hatten den 1200 Steinarbeitern ungeheure Verschlechterungen angeboten. In Verhandlungen, die sich sehr schwierig gestalteten, wurde erreicht, daß alle Verschlechterungen abgewendet werden konnten.

Nach Wiersdorf (Schlesien) ist Zugang von Granitsteinen zu mehren. Die Firma Killow weigert sich, den Tarif zu unterschreiben. Sie will die nötigen Arbeiten so schnell wie möglich fertigstellen, um dann auf eine tarifliche Bindung erst recht nicht mehr einzugehen.

In der Lausitz konnte vor einigen Wochen der Steinarbeiterverband für über 2500 Mitglieder einen Tarif abschließen, der an die 60 Verbesserungen enthält.

In bayerischen Wald haben die Unternehmer den Steinarbeitern enorme Lohnverschlechterungen in Aussicht gestellt. Es ist gar keine Aussicht vorhanden, daß die Herren ihre Absicht durchsetzen können. Interessant ist, daß der Kaplan in Buchberg die Steinarbeiter, von denen er annahm, daß sie nicht im „roten“ Verband seien, zu sich kommen ließ, um ihnen darzulegen, daß die Akkordsätze zu hoch seien. In der Wohnung des Geistlichen hatte sich auch der christliche Sekretär Lechner aus Regensburg eingefunden. Die Steinarbeiter waren über diese Ausflücht sehr wenig erbaut.

### Stadt und Provinz.

### Aus der Breslauer Schuhindustrie.

Ein Vertreter der Hauptvorstände des Schuhmacherverbandes, Nichttagsabgeordneter Kollege Simon, sprach im „Schwarzen Par“ in einer überfüllten Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrik Dornsdorf über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart, ihre Ursachen und Wirkung.“ Die Zeit ist endgültig vorüber, wo die Schuhmacher den erst besten „blauen Montag“ benutzten, um Lohnforderungen oder Verkürzung der Arbeitszeit zu stellen. Die Unternehmer in der Schuhindustrie sind meist reaktionäre Scharfmacher. Der Fabrikant als „Herr in seinem Betriebe“ ist vollständig machtlos gegenüber der Diktatur des Fabrikantenverbandes, wie gerade jetzt die Ausweitung in München beweist. Doch bestand jahrelang die 50 stündige Arbeitszeit pro Woche, die auf Befehl des Fabrikantenverbandes auf 48 Stunden erhöht werden soll. Auch die Ferien, die vor 2 Jahren von den Fabrikanten freiwillig eingeführt wurden, sollen auf Treiben des Fabrikantenverbandes beseitigt werden. In diesen Fällen wird aus kleinen Forderungen der Arbeiter eine Machfrage der Unternehmer gemacht und mit der Lohnausweitung oder Gesamtaussperrung gedroht.

Gegenüber dieser Machfrage der Unternehmer ist der Zusammenschluß aller Beschäftigten im Zentralverband der Schuhmacher eine zwingende Notwendigkeit. In einer Anzahl Städte in Westschlesien, wo die Schuhmacher sehr gut organisiert sind, war es möglich, die Machfragen der Unternehmer zurückzuweisen. Auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrik Dornsdorf, die erfreulicherweise in den letzten Wochen in großer Anzahl den Weg zum Zentralverband der Schuhmacher gefunden haben, sollen dafür sorgen, daß auch der letzte organisationsfähige Arbeiter und Arbeiterin der Organisation zugeführt wird, damit auch sie in erster Zeit auf ihren Schutz rechnen können. Dieser Befehl wurde dem Redner für seine Ausführungen zuteil und gewünscht, in Zukunft öfters nach Breslau zu kommen.

In der Ansprache wurde angeführt, daß nach statistischen Feststellungen der größte Teil der weiblichen Beschäftigten Frauen von organisierten Männern sind, die es leider nicht für notwendig halten, der Organisation beizutreten. Auch bei den unbeschäftigten weiblichen Beschäftigten sind meist Familienangehörige organisiert. Es ist Pflicht dieser Organisierten, ihre Angehörigen, soweit sie bei Dornsdorf beschäftigt sind, dem Zentralverband der Schuhmacher zuzuführen. Auch in dieser Versammlung wurden eine Anzahl Neuaufnahmen gemacht und 2 aus dem örtlichen Lederarbeiterverbande übergetreten.

Von den Christen werden alle Anstrengungen gemacht, Mitglieder zu gewinnen. Trotzdem geht die Mitgliederzahl zurück, was vom Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung zu begrüßen ist.

### Deutsches Reich und Ausland.

**Reicher Dividendenjäger.** Die Jute-Spinnerei und Weberei Bremen ist bekannt als ein Betrieb, in dem bei außerordentlich niedrigen Löhnen eine intensive Ausnutzung der Arbeitskräfte betrieben wird. Es werden mit Vorliebe unorganisierte polnische und galizische Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Dafür ist alljährlich der Segen für die „Herren Aktionäre“ um so größer. Für das verflorrene Geschäftsjahr sollen 30 Prozent Dividenden verteilt werden.

**Terrorismus.** Als kleinen Beitrag zu der Denkschrift über die Auswüchse des Koalitionswesens, die vom Reichsminister dem Reichstag in Aussicht gestellt worden ist, stellen wir den folgenden Redner zur Verfügung, der von der Maschinenfabrik-Allien-Gesellschaft Geislingen in Württemberg jedem neu eintretenden Jungen zur Unterschrift vorgelegt wird:

„Der Unterzeichnete verpflichtet sich, während seiner Anwesenheit in der Maschinenfabrik-Allien-Gesellschaft Geislingen dem V. F. B. (Bund der technisch-industriellen Beamten) nicht anzugehören.“

Von 21 Mitgliedern, die der genannte Bund bisher in der Fabrik hatte, sind bereits 12 hinausgesteckt. Es wird dem Kanzler einige Mühe kosten, einen solchen Rechtskreis als „sozialdemokratischen“ Terrorismus zu bezeichnen.

**Eine Konferenz des englischen Unternehmervereins** für das Baugewerbe wird für nächsten Dienstag angekündigt, um den Londoner Unternehmern in ihrem Kampf gegen die ausgesperrten Bauarbeiter zu Hilfe zu kommen; angeblich soll eine Aussperrung in allen größeren Orten vorgenommen werden, um die beteiligten Gewerkschaften zum Einlenken zu bewegen.

**Massenkundgebungen der New Yorker Arbeitlosen.** Die Syndikalistischen haben am Mittwoch abend zehn Versammlungen abgehalten, in denen sie sich mit der durch die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrschenden Arbeitsnot beschäftigten. Sie veranstalteten darauf einen Demonstrationsszug, dem sich mehrere hundert Arbeitslose angeschlossen. Sie veranlaßten die Arbeitslosen, mit katholischen Alphonius-Kirchen zu marschieren, wo sie Nahrung und Nachtlager verlangten, wie es ja in den letzten Tagen von einigen protestantischen Kirchen wirklich gegeben worden ist. Die Polizei schritt aber ein und verhaftete 200 der Arbeitslosen. Sie will den Führer der Demonstration unter Anklage stellen. — Das wird alle Not enden.

**Aus Amerika.** Der Staat Washington hat ein Gesetz angenommen, das als Mindestlohn für in Bureaus, Fabriken, Wäschereien, Läden und andern kaufmännischen Unternehmungen beschäftigte Frauen 1,25 Dollar pro Tag festsetzt.

## Schlesien und Posen.

**Breslau, 6. März.** Schutz vor Schußlauten. Wegen Mißhandlung in Ausübung seines Amtes ist angeklagt der feldherrliche Polizeiergeant Leo Jurass aus Rischland. Der Angeklagte, jetzt Anstaltsgeant, hatte am 12. Februar 1912 den von ihm angeführt wegen Verleumdung festgenommenen Eisenbahnarbeiter Demant beim Stragen gefaßt, ihn auf dem Wege zur Polizeiwache heftige Stöße in die Seite versetzt, im Polizeilokal geprügelt und mit den Fäusten derart in Gesicht geschlagen, daß dem Mißhandelten das Blut aus Mund und Nase lief. Der Beamte hatte nach der bei solchen Fällen üblichen Gemohnheit dies bestritten, und ein Strafverfahren gegen den Mißhandelten, von dem er fälschlich angegriffen sein wollte, veranlaßt. Vor dem kaiserlichen Schöffengericht traten Zeugen auf, welche die Mißhandlungen des Polizeiergeanten gesehen hatten, und der damalige Angeklagte Demant wurde freigesprochen, weil er dem Beamten gemüßigt gefolgt ist. Nach Aussagen von Zeugen hat der Polizeiergeant auch in anderen Fällen Gefangene mißhandelt, sie wollen das Mißgehen der Schläge im Arrestlokal geahndet haben. Unter Zustimmung nacheinander wurde der angeklagte Beamte wegen Amtsvergehens zu 100 Mark Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis verurteilt. — Als abschließend kann das Urteil nicht bezweifelt werden.

**Gottschberg, 6. März.** Schwere Grubenunfall. In der 5. Abteilung der Müchhild-Friedenshoffnung-Grube in Niederhermsdorf wurde Mittwoch vormittag der Bergbauer Hermann Reichstein aus Gottschberg durch einen Sprengschuß schwer verletzt. Der Drücksteine Bergbauer Reichstein, obwohl dies durch die Bergpolizeiordnung streng verboten ist, drei Schläge auf einmal versetzt. Als der Schuß abgefallen war, sollte Reichstein auf Veranlassung des Becken zweiten Schuß angünden. Dieser hatte sich jedoch von selbst entzündet, und als Reichstein vor Ort kam, ging der Schuß los und Reichstein wurde, besonders am Kopfe, schwer verletzt. Der Verletzte wurde bewußtlos ins Knappschaftslazarett überführt.

**Sagan, 6. März.** Blutiger Zusammenstoß zwischen Militär und Zivil. Der Mizzaplan war in der Nacht zum Sonntag der Schauplatz von Reibereien zwischen Kanonieren und einer Anzahl Radaumacher. Ein Kanonier erzielte von einem der Angreifer einen so wuchtigen Schlag über den Kopf, daß er blutüberströmt niedersank. Auch Zivilpersonen haben erhebliche Verletzungen davongetragen. Von den Verletzten ist gegen die Militärlisten Anzeige erstattet worden. Das Regimentskommando hat vorläufig über das ganze Regiment vier Wochen Kasernenarrest verhängt.

**Glogau, 6. März.** Militär-Justiz. Am 2. Februar befanden sich zwei Abteilungen des 1. Bataillon des Inf.-Reg. Nr. 55 auf dem Leichenacker Geyerplatz, um Ziele für die Rekrutenfeststellung zu markieren. Dem Musterführer Wilhelm Weich von der 2. Kompanie, der daran teilnahm, befohl ein Unteroffizier, zu einer anderen Gruppe zu gehen. Diesem Befehl soll Weich nur langsam nachgekommen sein, zu seiner Entschuldigung gab er an, daß er Krampf in den Beinen habe, der immer dann aufstehe, wenn er längere Zeit stillgestanden habe und dann laufen solle. Es wurde angenommen, der Unteroffizier habe durch den langsamen Gang dem Unteroffizier nur seinen Widerwillen darüber ausdrücken wollen, daß er zu einer anderen Gruppe gehen sollte. Wegen Verbarrens im Ungehorsam und Achtungsverletzung vor verammelter Mannschaft wurde Weich zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen der Höhe der Strafe wurde Weich sofort verhaftet.

### Provinz Posen.

Genossen und Genossinnen! Rüstet eifrig zur roten Woche! Soweit bis jetzt Versammlungen stattgefunden haben, in denen Genossin Nemik-Berlin redete, herrschte überall große Begeisterung und die Erfolge blieben nicht aus. Dagegen die Zeit! Stelle sich jeder Genosse, jede Genossin zur Hausagitation. Sorgt, daß vom 8. bis 15. März weitere Erfolge folgen. Trachtet darnach, daß wir uns würdig an die Seite anderer Bezirke im Reiche stellen können. Die Arbeit für unsere Ziele darf keinem zu schwer fallen. Nur Ausdauer und Mut für unsere Sache verbürgt uns den Erfolg. Darum arbeitet und werbt, holt neue Mitstreiter! Der Bezirksvorstand.

**Bromberg, 6. März.** Was soll die rote Woche? ist die Frage. Die Antwort ist nicht schwer: Sie soll uns neue Anhänger, neue Mitstreiter bringen. Allerdings heißt es da arbeiten. Als Leser der Parteipresse muß ein jeder mit seinen Mitarbeitern über das, was die „Volksmacht“ in den letzten Tagen geschrieben hat, reden. Als Parteigenosse mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern über den Wert der politischen Organisation reden. Seine Freunde überzeugen, daß der gewerkschaftlich und politische Kampf sich gegenseitig ergänzen muß, ja notwendig ist. Das kann ein jeder Genosse! Auf dem Wege von und zur Arbeit muß darüber gesprochen werden, wie notwendig eine Befreiung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Arbeiterklasse ist. Tut dies ein jeder, dann überzeugt er die Indifferenten und wir werden vorwärts schreiten.

**Obersiege i. P., 6. März.** Eine Versammlung, in der Genossin Nemik spricht, findet hier am Sonntag, den 7. ds. Mts., abends 8 Uhr, im Saale von Krawczal statt. Zur Versammlung sind namentlich die Frauen eingeladen.

Eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel findet, da uns die Witter die lokale Verweigerung, am Sonntag, den 8. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, auf einem Ackergrundstück in Birle statt. Redner ist unser Kandidat, Genosse Wilhelm Schulz, der über „Reichstagswahlkampf und Volksinteressen“ spricht.

**Reinbaum, 6. März.** Zur Reichstags-Verfassung. Je näher der Wahltag heranrückt, um so höher steigen die Bogen des Kampfes. So weit es die Möglichkeit zuläßt, werden Versammlungen von uns abgehalten, selbst unter freiem Himmel. In Schneidemühl und Kolmar fand je eine gut besuchte Versammlung statt, in der Genossin Nemik-Berlin Vorträge über den Kampf des Volkes gegen Not, Unterdrückung und Rechtslosigkeit hielt, die beide beifällig aufgenommen wurden. In Schneidemühl erklärten 12 Personen ihren Beitritt zur sozialdemokratischen Partei, darunter 8 Frauen. In Kolmar wurde ebenfalls eine Anzahl Mitglieder gewonnen.

**Althorn, Kr. Dobornik, 6. März.** Der gesetzlich vorgeschriebene Wahltag, den 22. Februar, fand hier eine Versammlung sozialdemokratischer Wähler mit ihrem Kandidaten Genossen Schulz, statt. Nun schadet der Genossin nach den Personen, die der Besprechung beigewohnt haben. Ganz besonders verliert er auf die Frau, die, und ihre Stute zur Verfügung gestellt hat, einzulisten und droht mit Strafe. Weich, denn dieser Befehlshaber nicht, daß nach Ausschreibung des Wahltermins nicht einmal öffentliche Wahlversammlungen angemeldet zu werden brauchen.

Wahltermins nicht einmal öffentliche Wahlversammlungen angemeldet zu werden brauchen.

**Breslau, 6. März.** Schutz vor Schußlauten. Wegen Mißhandlung in Ausübung seines Amtes ist angeklagt der feldherrliche Polizeiergeant Leo Jurass aus Rischland. Der Angeklagte, jetzt Anstaltsgeant, hatte am 12. Februar 1912 den von ihm angeführt wegen Verleumdung festgenommenen Eisenbahnarbeiter Demant beim Stragen gefaßt, ihn auf dem Wege zur Polizeiwache heftige Stöße in die Seite versetzt, im Polizeilokal geprügelt und mit den Fäusten derart in Gesicht geschlagen, daß dem Mißhandelten das Blut aus Mund und Nase lief. Der Beamte hatte nach der bei solchen Fällen üblichen Gemohnheit dies bestritten, und ein Strafverfahren gegen den Mißhandelten, von dem er fälschlich angegriffen sein wollte, veranlaßt. Vor dem kaiserlichen Schöffengericht traten Zeugen auf, welche die Mißhandlungen des Polizeiergeanten gesehen hatten, und der damalige Angeklagte Demant wurde freigesprochen, weil er dem Beamten gemüßigt gefolgt ist. Nach Aussagen von Zeugen hat der Polizeiergeant auch in anderen Fällen Gefangene mißhandelt, sie wollen das Mißgehen der Schläge im Arrestlokal geahndet haben. Unter Zustimmung nacheinander wurde der angeklagte Beamte wegen Amtsvergehens zu 100 Mark Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis verurteilt. — Als abschließend kann das Urteil nicht bezweifelt werden.

**Schneidemühl, 6. März.** Drei Monate Gefängnis. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich gestern der Bahnmärker Michael Miesner aus Schönlanke zu verantworten, der beschuldigt ist, das Eisenbahnunfall bei Schönlanke, wo am 30. Dezember 1911 ein D-Zug aus Berlin das Gespann des Landwirts Quasts aus Biele, auf dem sich außer Quast noch drei Personen befanden, überfuhr, verschuldet zu haben. Sämtliche vier Personen im Alter von 32 bis 50 Jahren, zum Teil mit großer Familie, wurden getötet. Der 54 Jahre alte Angeklagte, der verheiratet ist und acht Kinder hat, bisher noch nicht verurteilt und seit 28 Jahren im Bahndienst steht, gibt an, daß an jenem Unglücksnachmittag starkes Schneetreiben geherrscht und er nicht durch das Läutewerk von dem Eintreffen des Zuges unterrichtet war. Als er das Gespann des D-Zuges bemerkte, habe er sofort sein Augenmerk auf die offenstehenden Schranken gerichtet und dem herannahenden Führer mit Umhewegungen „Halt“ zugerufen. Der Führer des Führer habe aber keine Warnung nicht beachtet, sondern nach wie vor, auf die andere Seite des Gleises zu kommen. — Der diensttunende Eisenbahnschaffner sagte aus, daß er das Läutewerk nach der fraglichen Wärtersche weitergegeben habe. Der Führer des D-Zuges konnte, als er das Gespann auf dem Gleise bemerkte, den D-Zug, der mit 96 Kilometer Geschwindigkeit fuhr, nicht mehr zum Stehen zu bringen. Der Angeklagte wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt; der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt.

## Neueste Nachrichten.

### Verhaftung einer neuntägigen Schwindler-Gesellschaft.

Berlin, 6. März. Die Schöneberger Kriminalpolizei hat gestern ein aus neun Personen bestehendes Schwindlerkonkordatium verhaftet, das vielleicht hunderttausend von Personen um große Beträge geschädigt hat, deren Gesamtsumme zwar noch nicht bekannt ist, aber auf etwa 850 bis 400000 Mark geschätzt wird. Der Schwindler wurde mit wertvollen Lizenzen getrieben, die an vertrauensvolle Kapitalisten für 8000 Mk. pro Stück verkauft wurden.

### Die verschüttete Militärpatrouille.

Meran, 6. März. Die durch eine Lawine im Gornogogebiet verschüttete Militärpatrouille des in Innichen stationierten 3. Tiroler Landesjäger-Regiments stand unter Führung des Kommandanten des Sperforts Gornogog, Oberleutnant Rechner und des Stillschleppers Leutnant Gaidor. Die Expedition war um 1 Uhr zusammen mit einem Leutnant Günther und mehreren Patrouillenführern aufgebrochen und hatte einen besonderen militärischen Zweck. Um 4 Uhr nachmittags waren die Schneeverhältnisse sehr günstig und nicht beunruhigend, daß im nächsten Moment eine große Schneelawine niederbrach. Nach den Berichten von Bergführern war die Katastrophe das Werk einiger Sekunden. Die Mitglieder der Patrouille wurden von der Lawine erfasst noch ehe sie zur Seite springen konnten. Gegenwärtig sind Gendarmen und Bergführer, sowie der gereizte Leutnant Gaidor und vier Mann, die sich gleichfalls retten konnten, mit den Bergarbeitern beschäftigt, doch waren sie bis zur Stunde ohne Erfolg. Erst bis die zur Hilfeleistung abgegangenen Militärabteilungen an Ort und Stelle sein werden, wird man die Bergarbeiter mit größerer Aussicht auf Erfolg aufnehmen können. In militärischen Kreisen gibt man jedoch die Hoffnung, die Verunglückten noch lebend zu bergen, auf.

### Durch giftige Dämpfe betäubt.

Lyon, 6. März. Heute morgen hat sich in der Fabrik von Paig u. Co. ein schwerer Unfall zugetragen. Vier Arbeiter waren damit beschäftigt, einen großen Behälter, der zur Aufbewahrung von Petroleum dient, zu reinigen. Plötzlich fielen sie durch ausströmende Dämpfe betäubt zu Boden, die gleichen der Direktor, der zu Hilfe herbeieilte. Nach längeren Bemühungen wurden die fünf Leichen, die keinerlei Lebenszeichen mehr von sich gaben, herausgezogen. Es gelang schließlich, drei von ihnen wieder ins Leben zurückzurufen, während wenig Hoffnung besteht, den Direktor und den letzten Arbeiter am Leben zu erhalten.

### Die Spionageaffäre.

Gherbourg, 6. März. Die Untersuchung in der Spionageangelegenheit von Gherbourg wird in nächster Geheimlichkeit fortgeführt. Inzwischen ist bekannt geworden, daß der richtige Name der Verhafteten Eva Sorneretter lautet. Alle an sie gerichteten Briefe aus Deutschland wurden zunächst an eine Mittelsperson nach Nancy geschickt, die sie dann nach Gherbourg weiter beförderte, so daß die Briefe mit französischen Briefmarken versehen waren und keinen Verdacht erregen konnten. Jeden Monat empfing Frau Sorneretter einen Betrag von 500 Mark in einem Scheck auf die Bank von England, der in einem dieser Briefe eingeschlossen war. Frau Sorneretter hat ihren Wohnsitz oft gewechselt, eben so oft auch ihren Namen. In einem Hotel gab sie sich als Frau Eva Palmerters aus, geboren am 18. März 1886. Schließlich machte sie die Bekanntschaft des zweiten Reichensführers eines Unterwesens, zu dem sie dann zog, wodurch sie der politischen Anmeldung entging. Man mißt der Angelegenheit nach wie vor große Bedeutung bei. Der Oberstaatsanwalt hat mit dem Admiralsstabchef der ersten Abteilung und dem Admiral Le Nord eine längere Besprechung in dieser Angelegenheit gehabt.

### Die Wirren in Mexiko.

San Juan, 6. März. Aus Terrazas Jun, der drei Monate von den Rebellen gefangen gehalten wurde, hat es morgen bei Torreón einen General Villa 500.000 Dollars zu bezahlen. Dagegen, daß sein Vater gestern Abend Geld auszuliefern suchte, wurde die Nachricht bekannt. Da keine Anzeigen vergewaltigt waren, wurde an Villa telegraphiert, daß der Dase mit dem Gelde erst morgen abends ankommen wird.

## Moderne

Herren lieben ein elegantes Kleidungsstück; bei uns finden Sie was Sie nur wünschen.

## Anzüge

die den weitgehenden Ansprüchen Rechnung tragen, 1- und 2reihig, für jede Figur passend, am Lager.  
Preise: 15.— 18.— 22.—  
28.— 32.— 36.—  
40.— 45.— 50.— usw.

## Sport- und solide Paletots

In den neuesten Stoffen und Fassons, 1- u. 2reihig am Lager.  
Preise: 26.— 32.— 36.— 40.—  
45.— 50.— 55.— usw.

## Ulster

elegante Formen, für Strasse und Reise geeignet, 1- und 2reihig.  
Preise: 18.50 26.— 32.—  
36.— 40.— 45.— usw.

## Mass-Garderoben

vornehmste Ausführung; Garantie guten Sitzes.  
Preise: 45.— 55.— 65.— usw.

Kaufhaus für Herren-Garderoben  
G. m. b. H.  
Neue Schweidnitzerstrasse 6  
15669 an der Gartenstrasse.

## Zur Konfirmation

Kompl. Anzüge . . von **6 bis 25** Mk.

In nur reellen haltbaren Qualitäten

**Eduard Freund**  
Reuschestr. 52. 15675

## Zur Konfirmation

kauft man die elegantesten und haltbarsten **Schuhwaren** in denkbar größter Auswahl zu sehr soliden Preisen bei

**Robert Kretschmer,** 14458  
Schuhmachermeister,  
Friedrich-Wilhelmstraße 52, geradeüber der Friedrich-Harltz.

Ein gewaltiger Posten **Herrenhüte**  
**Muster** Wert bis 5.00 Mk. 50 Pf.

15379 **1.95** Mk.  
durchweg **H. Schönfeld**

**Schmiedebrücke 17/18**  
Ecke Kupferschmiedestrasse  
und Filiale **Bohrerstr. 45.**

## Konfirmanden-Anzüge und Kleider.

Aufertigung feiner Herrengarderoben  
**V. Siepell, Schneidermstr.,** Blücherstr. 21, 14460  
Eing. Oelenerstr.  
Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderoben.  
**Berufskleidung** für alle Gewerke und Industriezweige,  
Prima Qualität, beste Arbeit.

## Zur Konfirmation!

**Uhren, Ketten, Ringe,**

**Braschen, Ohrringe etc.** 14464

nur gutes Fabrikat zu billigen Preisen.

**Max Frenzel, 39** Friedrich-Wilhelmstr. **39**

**Frach-**  
Smoking, Sechsdanzzüge  
**Verleih-Institut**  
**F. Wolff** 13491  
Ohlauer Strasse 64  
Eing. Kätzelschleife: Telef. 4322.

**Goldwaren**  
**Alter**  
Kupferschmiedestr. 17  
Ecke Schmiedebrücke. 15667

## Tafel-Käse

In bekannt feinsten Qualität  
empfiehlt

**Hugo Lüdcke, Breslau**

Tel. 2442: Bischofstr. 10: Tel. 3648

**Käseschüsseln**

zu Gesellschaften von 3.— an.

Zu beziehen im Hauptgeschäft und  
sämtlichen Filialen. [15383]

Anzüge, Ueberzieher, Ulster,  
Uhren, Ketten, Ringe  
vel. bill.  
Velhauer Wilhelmsstr. 17, I. 14610

**Für 287 Mk.**

komplette Einrichtung, bestehend aus Wohn-  
zimmer, Schlafzimmer und moderner Küche,  
diese Einr. Ausb. fassn. 410 Mk. Plüsch-  
Divan 42 Mk., Sofa mit 26 Mk., Vertico  
38 Mk., Spiegel, gerichl. 10 Mk., Rohstoff  
3.50 Mk., eich. Schloß, Sockel mit Umbau,  
Bücher, Majestisch 12.50 Mk., u. u. liefert  
wirklich reell und billig

**Siegfried Brieger**

Kupferschmiedestr. 24,  
15350] Begr. 1859. — Tel. 9177.

Zahlung nach Vereinbarung!

Kaufhaus für Herren-Garderoben  
G. m. b. H.  
Neue Schweidnitzerstrasse 6  
15670 an der Gartenstrasse.

## Zur Konfirmation!

Alle Arten

**Trikotagen :: Jacken**  
**Strümpfe :: Handschuhe**

zu besonders billigen Preisen empfiehlt

**L. Neumann jun. Nachfg.**

Reuschestrasse 63. 14971

# Gebr. Barasch, Ring

zeigen am Montag, den 9. März, prachtvolle  
Innendekorationen und die neuesten Frühjahrsmoden

Beachten Sie die Sonntagsinserate

Sonntag große Flugblatt-Verbreitung

in allen Bezirken und Distrikten der Stadt Breslau.

Die Genossen und Genossinnen treffen sich um 8 Uhr vormittags in den nachstehend angegebenen Distriktslokalen:

Table with 2 columns: District and Address. Includes Gabel, Gauerbrunn, Großhener Vorstadt, Mikolaitor, Oberdor, etc.

Table with 2 columns: District and Address. Includes Oberdor, Sandtor, Scheiniger Vorstadt, Ohlauer Tor, etc.

Table with 2 columns: District and Address. Includes Strehleener Tor, Bohrauer Tor, Schwelbner Tor, Innere Stadt, etc.

Mit dieser großen Flugblatt-Verbreitung wollen wir die rote Woche wirkungsvoll beginnen. Überall in den Häusern und Wohnungen, wo Profetiarierherzen schlagen, muß das Flugblatt gewissenhaft und schnell verteilt werden. Das Volk soll hören, was auf dem Spiele steht, es soll auch hören, was in dieser schweren Zeit der Scharfmacherhege dringend nottut.

Parteigenossen und Genossinnen! Auf am Sonntag zur freiwilligen Parteilarbeit, auf die wir noch immer stolz gewesen sind. Wenn tausend fleißige Helfer antreten, ist die ganze Arbeit in einer Stunde getan.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. März.

Stadtverordneten-Versammlung.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung gab es zunächst einen Anlauf an den Todesfall, der in den letzten Tagen in Breslau so viel besprochen worden ist. Der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Freund, widmete dem Ehrenbürger der Stadt, Kardinal Ropp, einen lokal gefärbten Nachruf, in dem er besonders die wohlthätige Wirksamkeit des Verstorbenen erwähnte. Wie üblich, erhob sich die Versammlung während des Nachrufs von den Plätzen — wobei sie antwortend war! Noch lechter als die Worte der Stadtverordneten waren freilich die des Magistrats, wo Bürgermeister Trentin einsame Wacht über ganz wenige Kollegen hielt, die sich an den Fingern einer Hand abzählen ließen.

Beim Etat der Arbeitsanstalt auf der Niedergasse spannte sich eine Debatte weiter, die bereits früher ihren Anfang genommen hatte, und deren Veranstalter der Stadtverordnete Hamburger war. Die Anstalt gewährt den Zurückgebliebenen und Obdachlosen nicht nur Dach und Brot für einige Tage, sondern beschäftigt sie auch den Tag mit Holzspalten und anderen einfachen Arbeiten. Herr Hamburger will nun in der großen Halle nur fünf arbeitende Menschen gesehen haben, und knüpft daran abschprechende Schlüsse. Stadtrat Tünger und besonders energisch Stadtverordneter Genosse Neukirch klärten Herrn Hamburger gründlich über den Irrtum seiner Behauptung auf; der Erlös aus dem verkauften Holze, mit 80.000 bis 84.000 Mark beweise ja schon das Gegenteil. Stadtverordneter Neukirch knüpfte daran den Wunsch, die Mitglieder der Versammlung möchten die Arbeitsanstalt einmal onsehen und sich durch eigenen Augenschein davon überzeugen, ob die Einrichtung notwendig und praktisch sei.

Ungewöhnlich heftige Szenen ergaben sich bei der Besprechung der Magistratsvorlage, einen Neubau des Magdalenen-Gymnasiums in der Gegend des Kaiserparks zu errichten. Herr John bellagte sich dabei über geringes Entgegenkommen des Magistrats und der Bauverwaltung gegenüber den Anregungen aus der Versammlung. Herr John möchte dieses Gymnasium nämlich an dem alten Friedhofspatz an der Feldstraße errichten. Bürgermeister Trentin versuchte zu beruhigen, indem er eine objektive Darstellung der vorausgegangenen Beratungen gab, Stadtbaurat Berg aber nahm sich neben einer gediegenen sachlichen Darstellung die Versammlung in einem so kräftigen Ton vor, daß er den entsetzten Widerspruch hervorrief. Ein donnerndes Oho! schallte seiner Reklamation entgegen, und Stadtverordneter Heilberg legte gegen den Ton des Stadtbaurats Berg, aber auch gegen die Forderungen des Stadtverordneten John ausdrücklich Verwahrung ein. Dann knüpfte sich an die Sache noch eine stundenlange, total überflüssige Debatte, die mit der Ablehnung der Magistratsvorlage endete.

Schließlich trat man in die Beschlußfassung über die Spezialetat ein; als man aber bis zur gewerblichen Fortbildungsschule kam, stockte die Verhandlung, denn es begann der alte Kampf der Handwerker gegen die Schule, und die Wahl des zweiten Schulrats warf ihre Schatten voraus. Die Debatte zeitigte ganz amüsante Einzelheiten innerhalb des liberalen Lagers — Rother gegen Reich und Müller gegen Mantel, als ob man ganz verschiedenen Parteien angehörte. Den Abschluß fanden diese Verhandlungen dann mit einer zähen Klage des Stadtverordneten Gohlitz über die Nebenbeschäftigung des Handwerkschuldirektors Geyer, der zwar für die Stadt neben seiner direktorialen Tätigkeit nur zwei Stunden (!) wöchentlich Unterricht erteilt, aber 3000 bis 4000 Mark Nebenentnahmen aus den staatlichen Meisterkursen beziehe — neben seinem Gehalt von 9500 Mark. Diese Zustände fanden in der Versammlung energische Klagen, denen sich die Herren Trentin und Gads mit geringem Erfolg entgegenstellten.

Die Arbeitsanstalt.

Zum Haushaltsplan der Arbeitsanstalt auf der Niedergasse bemerkt der Berichterstatter Stadtr. Neukirch (Soz.), die Anstalt entwickle sich erfreulich, was die Einnahmen und Ausgaben und der geringere Zuschuß erkennen ließen. Nützlich sei in der Versammlung gesagt worden, in der Arbeitsanstalt sei höchstens ein halbes Duzend Leute beschäftigt. Das sei jedoch unrichtig; mehr als 100 Arbeiter seien täglich beim Holzspalten angestellt. Stadtr. Hamburger (lib.): Jedes Bett in der Anstalt stellt sich auf 800 Mark und das ist recht hoch. Zum Holzspalten hat man eine große Halle gebaut, betriebe eine Markthalle. Das Haus, das zur Glaserie von Mühlstein dient, kostet 76.000 Mark. Im Winter mag es ja wenig Leute dort haben, aber voll war es selbst bei der strengsten Kälte im Januar nicht. Es waren noch 20 Betten frei und auf der Schuhrücke konnten durchschnittlich noch 40 Personen Aufnahme finden.

Stadtrat Ward: Die Holzspaltenanstalt war jederzeit anders besetzt, als Herr Hamburger behauptet. Indem wir den Leuten die Gelegenheit gaben, sich durch Arbeit ihr Obdach zu verdienen, tun wir doch das, was immer gefordert wird.

Stadtrat Tünger: Es ist bedauerlich, wenn das Heim immer und immer wieder herabgesetzt wird. (Zuruf: Es wird ja nicht herabgesetzt.) Es ist eine Herabsetzung, wenn behauptet wird, daß manchmal nur fünf Arbeiter dort wären. Bei schwächerer Beschäftigung sind es etwa fünfzig. Als Herr Hamburger einmal dort war, befanden sich die Leute zum größten Teil auf Außenarbeit. Die Stadt hat die Pflicht, in erster Reihe selbst für die Obdachlosen zu sorgen. Es sind in die Anstalt etwa 60.000 Mark hineingesteckt worden und ich glaube, das Geld wird gute Früchte tragen.

Stadtr. Hamburger (lib.) bleibt bei seinen Behauptungen. Stadtr. Neukirch (Soz.): Es bleibt schon dabei, Herr Hamburger hat hier falsche Angaben über die Zahl der Beschäftigten in der Arbeitsanstalt gemacht. Schon im Jahre 1912 hatten wir einen Holzserlös von mehr als 80.000 Mark und jetzt sind 84.250 Mark eingekassiert. Nach diesen Zahlen allein kann sich jeder an den Fingern einer Hand abtastieren, daß in der Anstalt alltäglich mehr als fünf, sechs Leute arbeiten müssen. Es wäre im übrigen sehr gut, wenn sich die Herren Stadtverordneten einmal die Arbeitsanstalt auf der Niedergasse anschauen. Wir finden dort, daß die Obdachlosen nicht in allein Schmutz auf eine Prille gelegt und am folgenden Morgen wieder ins Glend hinausgeschickt werden; nein, sie werden gereinigt, können sich in ein Bett legen und tags darauf arbeiten, um sich etwas zu verdienen. Herr Hamburger will den Obdachlosen die nötige Arbeit geben. Nun, in dieser Arbeitsanstalt, was schon der Name sagt, erhalten die Vermissten die erforderliche Arbeit, und es ist ihnen dadurch möglich, sich wenigstens etwas zu raffen. Ich will der Anstalt kein Loblied singen, aber muß doch sagen, sie ist viel besser, als das Asyl auf der Schuhrücke. Ich kann Sie deshalb nur bitten, den Haushaltsplan vorläufig festzusetzen.

Neubau des Magdalenen-Gymnasiums.

Der Magistrat schlägt vor, den Neubau des Magdalenen-Gymnasiums auf der Parkstraße zu errichten. Der Grundbesitzums und der Bauausschuß empfehlen, die Magistratsvorlage abzulehnen und den Magistrat zu eruchen, andere Vorschläge zu machen.

Der Berichterstatter Stadtr. John (konf.) verteidigt das Ausschuß-Gutachten. Der Magistrat sei auf seine (des Redners) Anregung, eine Skizze für den Bau auf einem anderen Platz zu machen, leider nicht eingegangen. Der zweite Berichterstatter Stadtr. Berg (konf.) schließt sich dem Vorebener an.

Bürgermeister Trentin widerspricht Herrn John, soweit er dem Magistrat einen Vorwurf daraus macht, daß dieser eine neue Skizze nicht vorgelegt hat. Dieser Weg, eine neue Skizze vorzulegen, könne auch gegangen werden, aber er sei in den letzten Jahren nicht üblich gewesen. Stadtbaurat Berg bestätigt, was der Bürgermeister ausgesprochen hat. Es lag mir fern, an den Rechten der Stadtverordneten Kritik zu üben. Ich beschwerte mich nur darüber, daß man vorzuschlagte, große Pläne, die wir nach langer Vorbereitung einbringen, ohne Ausschussprüfung abzulehnen. Ueber die dann doch beschlossene Ausschussprüfung habe ich meine Genehmigung ausgesprochen. Redner fährt mit erregter Stimme fort: Ich weise nochmals mit aller Entschiedenheit zurück, daß ich die Rechte der Stadtverordnetenversammlung antasteten wollte. (Stürmische Oho-Masse.) Zur Sache selbst muß ich sagen, daß ich auf die Anregung eines Stadtverordneten hin keine Skizze machen kann. Das sollte Herr John auch wissen, der mit übrigens zu verschieden ist. (Heiterkeit.) Es wurde gesagt, wir haben bei der technischen Hochschule genug Gelände für das Magdalenen-Gymnasium. Das ist richtig, aber nachdem von der technischen Hochschule der Antrag auf Erweiterung kam, mußten wir uns sagen, daß unser Gymnasium dort keinen guten Platz finden kann. Der Platz auf der Parkstraße ist durchaus geeignet; das Gymnasium in das Innere der Stadt zu legen, das muß doch heutzutage vollständig ausgeschlossen sein.

Stadtr. John (konf.): Nachdem Ihnen Herr Stadtbaurat eine Kopie gegeben hat, könnte ich eigentlich aus Wort verzichten. So hat Herr Berg auch im Ausschuss beigegeben. So was gibt's bei uns nicht.

Bürgermeister Trentin: Ich habe aus den Ausführungen des Herrn John entnommen, daß er meine Darlegung als richtig anerkennt. Es kann nicht bestritten werden, daß der Magistrat in der ganzen Sache durchaus richtig vorgegangen ist. Es kann davon gar keine Rede sein, daß wir irgendwie an dem Recht der Stadtverordnetenversammlung, Anträge abzulehnen, rütteln wollen.

Stadtschulrat Gads erwähnt die Gründe, die den Magistrat zu seiner Vorlage bewegen haben. Wenn auch das Magdalenen-Gymnasium und das Pöninger-Gymnasium an die Stadtgrenze kommen, so bleiben doch sechs höhere Lehranstalten im Stadtimneren oder dicht dabei. Man stellt heute ganz andere Anforderungen an Schulen überhaupt. Sie sollen Licht und Luft haben und schön gelegen sein, was hier durchaus erfüllt ist.

Stadtr. Müll (lib.) bestätigt die Darstellung des Bürgermeisters. Es liegt ein Mißverständnis zwischen Herrn John und Herrn Berg vor.

Stadtr. Deilberg (lib.): Ich war nicht bei den Ausschussberatungen, auch nicht zugegen bei der ersten Versammlungsberatung. Ich würde auch heute nicht geredet haben, wenn mir nicht daran läge, zu vermeiden, daß hier weniger Entfaltung gemacht würde, als ruhige Arbeit. Da muß ich sagen, Herr John fällt sich zu Unrecht getroffen, aber Herr Baurat Berg muß ich sagen, so wie er wichtig; können wir hier auf die Dauer nicht reden und verhandeln. Ich bin auch der Ansicht, daß der gewählte Platz nicht der rechte ist, doch darüber kann doch ruhig verhandelt werden, was der Sache förderlich ist. Ich hoffe, daß wir noch einen besser gelegenen Platz für das neue Gymnasium finden werden.

Stadtr. Müller (lib.): Der Ton macht die Musik. Der Ton, den Herr Baurat Berg beheldete, war beleidigend. Er mag sich darüber aufregen und ärgern, daß ein großer Plan von ihm abgelehnt wird; doch wie die Herr Geyer herauskam, das war nicht schön. Redner äußert

sich im übrigen gegen die Magistratsvorlage, die keinen guten Platz für das Gymnasium wähle; viel besser wäre das Gelände am Säuglingsheim.

Oberbürgermeister Matting: Ich hatte auch den Eindruck, daß die Ausschussberatungen litten unter der persönlichen Erregung. Auch hier schien es ja zuerst, als wenn die sachliche Beratung zu kurz kommen sollte. Vielleicht hat dies auch Herr Stadtbaurat Berg im ersten Teile seiner Rede nicht genügend berücksichtigt. Die Gesichtspunkte, die gegen den Platz auf der Parkstraße geltend gemacht worden sind, sind nach meiner Ansicht ganz unwesentlich. Eines Tages wird sicherlich die Gelegenheit kommen, daß wir einen großen Fehler begehen, wenn wir diesen Platz ablehnen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Stadtbaurat Berg: Ich bin durchaus damit einverstanden, daß in Zukunft in ähnlichen Fällen einfache Vorpläne ausgearbeitet und vorgelegt werden. (Allgemeine Zustimmung.) Herr Justizrat Heilberg muß ich sagen, daß ich meine Ausführungen zuerst ganz ruhig machte, als aber Herr John mit schweren Vorwürfen gegen mich kam, wurde ich erregt, was ich sehr bedauere. Man müßte aber nicht statt Müll (Stürmische Heiterkeit) in den Kören haben, wenn einem in solchen Augenblicken keine Erregung erfasse. Ich höre heute z. B. Zwischenrufe, ich soll veräuseln und im Ausschuss raunte mir einer ins Ohr, als ich vom Bechbeitrag sprach. Sie haben wohl auch gemogelt. (Stürmische Heiterkeit.)

Es folgen noch Reden von Stadtr. Hoffmann (konf.), Bürgermeister Trentin, Stadtr. Gohlitz (lib.).

Ein zweiter Schlußantrag wird ebenfalls abgelehnt. Stadtr. Müllenthal (lib.): Ich bin von Herrn Stadtbaurat Berg hart angegriffen worden, kann aber darauf nicht antworten, weil ich nicht im Ausschuss war. Ich wollte Herrn Berg und seiner geistigen Arbeit durchaus nicht zu nahe treten.

Stadtr. Geym (lib.) will nur feststellen, daß sich die Versammlung seiner Zeit durchaus nicht auf den Platz des Seelöwen festgelegt hat.

Stadtr. Zeige (lib.) tritt für die Magistratsvorlage ein. Ich halte die Platzwahl als keine unglückliche. Dieselben Gründe, die heute gegen die Parkstraße erhoben werden, kamen i. Bt. beim Neubau des Elisabeth-Gymnasiums. Die Entfernung ist kein Hindernisgrund, wenn der Platz in so schöner Lage ist, wie der an der Parkstraße.

Nach kurzen Schlußworten der Berichterstatter wird die Magistratsvorlage mit großer Mehrheit abgelehnt und die Ausschussaufträge angenommen.

Beim Etat der gewerblichen Fortbildungsschule

sind 29.660 Mark abzulegen, da die Versammlung die Einführung von Schulgeld abgelehnt hat.

Oberbürgermeister Matting verliest ein Schreiben der Handwerkskammer, wonach diese, im Gegensatz zu früheren Behauptungen einiger Stadtverordneten, noch heute für die Einführung eines Schulgeldes ist, bei Meistern, die über 26 Mark Gewerbesteuer zu zahlen haben.

Stadtr. Rother (lib.): In den Handwerkerkreisen herrschen viele Klagen über die Schule. Die theoretische Bildung der Lehrlinge hat nicht zugenommen. Bei der Anstellung von Lehrern sollte man mehr auf Männer zurückgreifen, die eine praktische Lehre durchgeführt haben.

Stadtschulrat Gads: Anträge auf die Fortbildungsschule werden nicht nur in Breslau, sondern auch anderwärts erhoben. In Wirklichkeit kann die Handwerkerlehre heute nicht mehr das leisten, was sie früher leisten konnte. Mit man Müll (Stürmische Heiterkeit) in die Schule Lehrverhältnisse einzurichten.

Stadtr. Müll (lib.): Die Handwerkskammer hat die Handwerker niemals gefragt, ob sie für das Schulgeld sind.

Stadtr. Cardorus (konf.): In zwei Handwerkerberatungen hat sich auch nicht eine Stimme für das Schulgeld erhoben. Oberbürgermeister Matting: Wenn sich die Handwerkskammer im Widerspruch zum Innungsausschuß befindet, so kommt das daher, daß der Ausschuss der Handwerkerkammer ein weiterer ist.

Stadtr. Müller (lib.): Das Schulgeld steht jetzt gar nicht zur Debatte. Herr Rother will ich sagen, daß in diesem Jahre wieder sechs neue Fachlehrerstellen vorgezogen sind.

Stadtr. Müller (lib.): Herr Handwerker versprechen uns von den Fachlehrern mehr, als von den Pädagogen.

Stadtr. Mantel (lib.): Für Bürger- und Gesetzkunde sind Fachlehrer nicht geeignet.

Stadtr. Cardorus (konf.): Die Schulkommissionen der Innungen kümmern sich leider noch viel zu wenig darum, was in der Schule vorgeht.

Stadtr. Dr. Reich (lib.): Herr Rother wird niemand belehren. Er erhebt alle Jahre dieselben unbegründeten Vorwürfe gegen die Schule.

Stadtr. Rother (lib.): Ein Arzt ist nicht der richtige Mann, sich über Handwerkerfragen zu äußern. (Lachen.)

Stadtr. Müll (lib.): Die Fleischer haben noch gar keine Fachlehrer.

Stadtschulrat Gads: Tüchtige Handwerker verdienen meist mehr als Lehrer und jeden können wir nicht als Lehrer gebrauchen. Stadtr. Dr. Reich: Ich habe nicht als Arzt, sondern als Vertreter der Bürgerschaft zur Sache gesprochen. Damit schließt die Debatte. Der Etat wird vorläufig festgelegt.

Vom Nebenverdienst der Beamten.

Beim Etat der Handwerker- und Kunstgewerbeschule fragt Stadtr. Gohlitz (konf.), ob der Direktor der Bibliothek wirklich zwei Beamte rechtfertige, ob der Direktor, wie er gehört habe, täglich nur zwei Stunden Dienst und einen jährlichen Nebenverdienst von 3000 Mark habe.

Städt. Wechlich (Konf.): Wenn wir 9000 Mark Gehalt zahlen und der Direktor ist nebenbei noch imstande, jährlich 3000 bis 4500 Mark zu verdienen, dann zeigt das doch, daß seine Kraft nicht richtig angerechnet wird.

Städt. Wechlich (Konf.): Der Chef einer Verwaltung soll nicht Arbeiten verrichten, die ein Untergebener verrichten kann, denn dadurch macht er sich nicht bezahlt.

Städt. Wechlich (Konf.): Darum handelt es sich hier nicht, sondern darum, daß eine hochbezahlte Kraft nicht ausgenutzt wird.

Oberbürgermeister Matting: Die Meisterkurse haben eine große Bedeutung für die Stadt und es wäre unrichtig, wollten wir dem Direktor sagen, er dürfe sie nicht mehr abhalten.

Städt. Wechlich (Konf.): Dann soll man das Gehalt entsprechend anpassen. Bei soviel Nebenkommen sind nicht 9000, sondern vielleicht 6000 Mark das richtige Gehalt. Es handelt sich hier übrigens um keinen Einzelfall, sondern auch in anderen Verwaltungen kommen dergleichen Dinge vor.

Städt. Wechlich (Konf.): Die Meisterkurse sind staatliche Kurse und es wäre ein Fehler, dem Direktor zu verbieten, sie abzuhalten. Der Vorschlag des Herrn Löbe ist unannehmbar, denn das Gehalt der Lehrer ist durch den Staat geregelt.

Städt. Wechlich (Konf.): Dann muß doch der Staat die Lehrer einstellen.

Bürgermeister Trentin: Was heute hier kritisiert wird, besteht seit 10 Jahren, ohne daß bisher daran Anstoß genommen worden wäre. Andere Städte bemühen sich, die Meisterkurse zu erlangen.

Städt. Wechlich (Konf.): Wenn die Kurse von Breslau fortkommen, was haben wir dann?

Damit schließt die Debatte und der Etat der Schule wird vorläufig festgelegt.

Der Untersuchungsstation des hygienischen Instituts der Universität wurde eine außerordentliche Beihilfe von 1500 M. gewährt.

Der Nachtplan für die Fischergasse zwischen der Mittelgasse und dem Nachtplan, sowie für die Westseite des Nachtplanes wurde genehmigt.

Die Magistratsvorlage über den Neubau des Realgymnasiums am Zwinger auf dem nördlichen Teile des Gebäudes zwischen Stein- und Mangelstraße wurde mit einigen Änderungen angenommen.

Zur Annahme der lehrwilligen Zuwendung der am 7. Dezember 1913 hier verstorbenen verwitweten Sattlermeisterin Frau Ernestine Tschentscher, erklärte die Versammlung ihre Zustimmung.

Die Schweizerer im Scheiniger Park wird auf sechs Jahre an die Schultheißbrauerei verpachtet, die dafür jährlich 18 000 Mark bot. Das niedrigste Gebot betrug nur 6000 Mark.

Ohne Debatte wurden die Haushaltspläne der Armenpflege, des Leihamts, der Willertischen und Kaiser Wilhelm-Stiftung, der Krankenhospitalküchen, des Fortschrittsbezirks-Feuerwache-Herrnprossch, der Arbeiter-Vereinigung, der Brüder-Littauer-Stiftung, des Arbeiterhauses, der Gymnasien und der kaufmännischen Fortbildungsschule vorläufig festgelegt.

Das Leihamtgebäude erhält eine neue Straßenseite. Schluß der Sitzung 8 Uhr.

### Der gefährliche Streikposten.

Als bisher einzig bestehende Tatsache, daß mehr als 1000 ausgesperrte Arbeiter fast vier Wochen im Kampfe stehen, ohne daß irgend welche Ausgleitungen vorgekommen sind, ist nicht einmal die kleinste Uebertretung gebüßt worden kann, scheint gewöhnlich Leuten nicht in den Strom zu passen. Vielleicht wäre ihnen ein kleines Revolutionschen oder eine Eriegauer Schlacht bedeutend angenehmer.

Am 4. März, vormittags, stand auf der Mittelgasse in der Nähe des Arbeitsschweres der Metallindustriellen einer der ausgesperrten Metallarbeiter Streikposten. Das ist sein gesetzlich gewährtes Recht. Der Mann sah, daß aus dem Bureau der Industriellen zwei Leute heraustraten, die er als Arbeitsjünger ansah. Weil er nun befürchten konnte, daß diese sich für die Linke-Gesamts-Werke anwerben ließen, sprach er sie im Vorbeigehen an, um sie sehr höflich darauf aufmerksam zu machen, daß in diesem Betriebe Streikposten bestehen. Da kam er aber schon an. Der größere dieser beiden, der seinem ganzen Auftreten nach mit dem Streikbrechergepflogenheiten bekannt zu sein schien, kam ihm wenig lebenswürdig entgegen. Zum Ueberflus ging es zu einem in der Nähe stehenden Schuhmann und beschwerte sich bei diesem, er sei vom Streikposten „bespottet“ worden. Er fand auch ein sehr verdächtigendes Entgegenkommen. Der Beamte verhaftete den Streikposten und führte ihn auf die Wache. Die so schwer Gefährten folgten dem Transport. Während die beiden vernommen wurden, sprach man den „Brecher“ in einen anderen Raum. Nach einer halben Stunde wurde er vorgeführt, und der diensthabende Kommissar eröffnete ihm, er sehe nach den Aussagen der beiden Streikposten in dem dringenden Verdacht, er würde seine Streikpostentätigkeit sofort wieder aufnehmen, wenn man ihn freilasse. Nach dem amtlichen Protokoll gaben die beiden Arbeitswilligen an, die Verleumdung habe lediglich in den Worten bestanden: „Wollt ihr arbeiten gehen? Macht doch keine Dummenheiten. Ihr werdet uns doch nicht in den Rücken fallen.“ Weil nun nach dieser förmlichen Ausrufung dem Kommissar der Verdacht aufflag, der Streikposten könnte wieder sein Amt aufnehmen, erklärte er ihm, er müsse ihn in Haft behalten. Er schickte den Gefangenen mit einem Beamten zum Polizeipräsidium. Der vernehmende Kommissar verlangte wunderlicherweise vom Streikposten eine besondere Legitimation zur Ausübung dieses Amtes. Dieser konnte dem Wunsch nicht entsprechen, denn im Gesetz ist bekanntlich darüber nichts vorgesehen. Er protokollierte die Aussagen seines Gefangenen. Dann wollte auch er ihn in Haft behalten, weil er keine Sicherheit dafür habe, daß er nicht sofort nach seiner Entlassung wieder Streikposten setzen würde. Und das alles, trotzdem der Beschäftigte ein langer anjähriger Breslauer Bürger und Familienvater ist. Zuletzt ließ sich der Streikposten doch erweichen und gab seinen Gefangenen frei, aber nur unter der Bedingung, daß er nie wieder Streikposten setze; denn sonst würde er erbarmungslos eingekerkert werden.

Es ist doch unumgänglich anzunehmen, daß solche Drohungen nicht genügt sind. Das Streikpostenwesen ist ein Recht des Staatsbürgers. So weit sind wir noch nicht in Preußen, daß jemand deswegen eingesperrt werden darf, weil er seine Staatsbürgerrechte ausübt. Wir sind von der Breslauer Polizei bisher nicht nur nicht verurteilt worden, aber das wäre wohl das Tollste, was sie ausüben könnte. Die Arbeiter werden ihre Rechte ausüben, ohne sich lange machen zu lassen.

Die ausgesperrten Holzarbeiter hielten am Sonntag in Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab. Der Beschlusse wurde ein mit großem Beifall angenommener Bericht über die gegenwärtige Lage. In der Aussprache kam es recht deutlich zum Ausdruck, was in den Linke-Gesamts-Werken für die Arbeiter-Verhältnisse bestehen, und wie die verschiedenen Parteien aussehen. Bekanntlich hat man die öffentliche Meinung dadurch zu beeinflussen versucht, daß man die Abzüge an

den Arbeiter mit diesen ungelieblichen Verbesserungen recht fertigte. Die Direktoren sollte einmal Gefegenen nehmen, sich die Stemm- und Bohrmaschinen im Vordellort und die Vorlichte. und Sobelmaschinen in der Maschinenbau-Anstalt angusehen. Nach- letzte würden über Maschinen in jeder Verfassung den Kopf schütteln. Und gar erst die Handwerkzeuge! Vielleicht veran- laßt die Direktoren einmal eine Ausstellung und ladet zur Ver- richtung die Redakturen der hiesigen Konserwativen und Zen- tralpresse ein. Die Herren würden dann einen schönen Be- richt von den „besseren“ Werkzeugen erhalten. Bei den Holz- arbeiter ist von irgend welchen Verbesserungen gar keine Spur vorhanden; die entzogensten Kolben in der hiesigen Preße seien der reine Schwindel.

Auf eine Anfrage aus der Versammlung wurde beäntigt, daß der Zelmacher und Vordellortler Teitke, Leutenstraße Nr. 15, als Arbeitswilliger tätig ist. Die Kampfströbe Stim- mung in der Versammlung ist der beste Beweis dafür, daß die Arbeiter fest entschlossen sind, ihren Kampf mit aller Kraft fort- zusetzen. Sie haben bis jetzt ruhig und würdig den Kampf geführt und werden sich durch nichts beirren lassen.

Arbeiter, nur die größte Ordnung verbietet Euch den Sieg. Gebt der Behörde nicht den geringsten Anlaß zum Einschreiten. Seid stets so besonnen, wie bisher, aber laßt Euch auch nicht unridrig einschüchtern.

### Vom Terrorismus der Wäcker-Jnung.

Beim Wäckerstreik im Jahre 1912 stellte der Verband der Wäcker und Konditionen auch die Forderung, die Jnungmeister sollen verpflichtet sein, sämtliche Gesellen vom Arbeitsnach- weis des Verbandes vermitteln zu lassen. Mehrere Wäckermeister erkannten diese Forderung durch Unterschriften des Tarifvertrages an. Von dieser Zeit an nahmen die Meister ihre Gesellen vom Verbandssachweis des Verbandes.

Am 17. März 1913 faßte die Wäckerjnung einen Beschluß, wonach Mitglieder, die gegen das Jnungsstatut handeln und ihre Gesellen nicht vom Arbeitsnachweis der Jnung vermitteln lassen, in eine Strafe von 20 Mark genommen werden. Die Meister, es waren 11 an der Zahl, erhielten von der Jnung Strafbescheide. Die 11 Meister reichten beim Magistrat eine Be- schwerde ein gegen die Strafverfügung und gegen den Jnungsbeschluß. Sie beriefen sich darauf, daß nach § 152 der Gewerbeordnung die Arbeiter berechtigt sind, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der abgeschlossene Tarifver- trag bringe den Wäckern einige Verbesserungen. Diese seien von den Beschwerdeklägern anerkannt und befolgt worden. Darin liege durchaus nichts Ungesetzliches und die Jnung habe nicht das Recht, sie deswegen in Strafe zu nehmen. Soweit es sich um die Strafverfügung handelt, gab der Magistrat als Aufsichts- behörde der Beschwerde statt und zwar aus formellen Gründen. Die Strafverfügung trug nicht die nötigen Unterschriften des Vorstandes. Tagegen wies der Magistrat die Beschwerde gegen den Jnungsbeschluß ab. Er stützte sich dabei auf einen Mini- sterialerlaß vom Jahre 1913, wonach Jnungsmeister Sonder- verträge abschließen können; sie dürfen aber nicht mit den Grundgesetzen der Jnung in Widerspruch stehen.

Gegen die Entscheidung wurde im Verwaltungsstreit-Ver- fahren geklagt. Es wurde behauptet, daß der Erlaß im vor- liegenden Falle nicht angewendet werden könne. Der Ober- meister der Jnung führte an, die Aufgaben der Jnung be- stehen darin, den Gemeingeist zu heben. Solche Verträge, wie sie die Kläger sich erlaubten, störten den sozialen Frieden. Die Wäcker-Jnung habe mit dem Stellenausgleich einen Tarifvertrag abgeschlossen, der für alle Mitglieder gültig sei. Es könne des- halb nicht erlaubt werden, daß solche Sonderabmachungen plab- greifen. Der Bezirksarbeitsrat wies die Klage wegen Unzu- reichendheit zurück. Ueber Beschwerden habe der Re- gierungspräsident zu befinden.

### Eltern und Vormünder!

Aus dem Bureau des Schneiderverbandes wird uns ge- schrieben: Allen Eltern, Vormündern usw., die ihre Pflece- befohlenen das Schneiderhandwerk erlernen lassen wollen, raten wir dringend, sich vor Abschluß eines Lehrvertrages erst im Bureau des Verbandes, Gewerkschaftshaus, 3. Etage, Zimmer 66, zu erkundigen. Während früher für die Schneiderverhältnisse- mäßig wenig Lehrlinge zu haben waren, hat sich das in den letzten Jahren ganz gewaltig geändert, so daß eine Ueberfüllung des Betriebes zu erwarten ist. Das hat seine Ursache darin, daß die Arbeitgebervereinigungen alles mögliche anbieten, um Lehr- linge zu bekommen und das Schneiderhandwerk so herlich wie nur möglich schädern. Das heißt, man tut das nur, wenn man Lehrlinge lüdt; soll man Forderungen der Gesellen und Wäckerinnen bewilligen, so behauptet man das araze Geometrie.

Wenig soll nicht verkannt werden, daß in den letzten Jahren dank der Tätigkeit der Organisation sich auch bei uns manches gebessert hat. Vergessen darf aber nicht werden, daß die Schneidererei ein Saisonberuf ist, in welchem jedes Jahr zwei- mal eine längere Arbeitslosigkeit durchzumachen ist. Ganz unzulässig sind aber die Verpfändungen, die auf Ju- schneider-Stellen und Einkommen gemacht werden. Hier liefern die vorhandenen Zuschneiderschulen ein solches Ueberangebot, daß man die Erlangung einer guten Zuschneiderstelle lieber mit der Ziehung des großen Loses vergleichen kann.

Ferner ist es auch nicht richtig, daß für schwächliche Kinder die Schneiderlehre noch die geeignetste sei. Im Gegenteil werden durch den fortwährenden Aufenthalt in Stubenluft bei Bügelstempel und Stoffstaub an die Gesundheit sehr große Anforderungen gestellt. Ganz besonders müssen sich aber die Eltern hüten, nicht Lehrmeister auszuwählen, die selbst nicht viel vom Handwerk verstehen oder so viel Lehrlinge haben, daß immer einer den anderen „ausbildet“. Ueber alle diese Fragen wird, wie schon oben gesagt, im Verbandsbureau bereitwilligst Auskunft erteilt.

Die Ortsverwaltung des deutschen Schneiderverbandes.

### Der Herr Schuhmann und der Drohschlenkischer.

Ein Drohschlenkischer nahm auf dem Hohenzollern- platz eine alte gekrümmte Dame auf, die sich nur mit großer Mühe auf den Beinen bewegen kann. Deshalb ließ sie der Kutscher nicht erst bis an den Vorsteiner der hiesigen „Insel“ kommen; sondern ließ die Kranke etwa zwei Schritte davon ent- fern, auf dem Friedrichsplatz seine Projekte bestigen. Das sah der Schuhmann Kiese, — nebenbei bemerkt ein Unter- gebener des Polizeikommissars Simion — und er fühlte sich verpflichtet, den Koffelner wegen Uebertretung des § 40 der Drohschlenkordnung zur Anzeige zu bringen. Dieser Paragraph verbietet den Drohschlenkern, Fahrgäste auf dem Fahrbahn aufzunehmen; das hat vielmehr an der Vorderbank zu ge- schehen. Das Schöffengericht erkannte auf 2 Mark Geldstrafe, wogegen der Betroffene Berufung einlegte, durch die er auch seine Freipretung vor der hiesigen 1. Strafkammer erzielte. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dandmann, hatte ganz zurech- tend geltend gemacht, der Kutscher habe doch der gekrümmten alten Dame gegenüber nur eine durch die Umstände gebotene Schöpfungsfreihaltung und der Kutscher habe doch schließ- lich nichts weiter getan, als daß er ihr die unumgängliche Anfor- derung erparie, indem er sie nicht erst bis an den Vorsteiner her- ankommen ließ. — Ja, ja, das Auge des Gesetzes ist schärfer, als man glaubt und ein menschengerechter Drohschlenkischer kann infolge dieser rechtlichen Gesetze sehr leicht in die Lage kommen, ein Strafmandat zu herappen.

### Was Nachnacht zuwege bringt.

Die 20jährige Näherin Maria Schütz war über ein Jahr in der Spitzenfabrik des Kaufmanns Hsiki in der

Antontenstraße beschäftigt. Als W. im Sommer vorigen Jah- res auf einige Zeit verzehte, hat seine Frau die Näherin, die bei ihr über Nacht bleiben, solange bis ihr Mann zurückkäme. Die W. wollte ein und übernahmte wiederholt in der Pri- vatwohnung ihres Arbeitgebers. Zum Schluß wurde ihr ein- fältig selbst zurechtmachte, fand sie unter den Mitten in Bei- lungspapier eingewickelt, zwei Paar beschädigte Hosensträger, die aus der Fabrik stammten. Als es Frau W. einmal zu- rückgefordert wurde, gab sie unumwunden zu, die schon beschädigten Hosensträger, die etwa 15 Groschen wert waren, nach der Pri- vatwohnung gebracht zu haben. Sie habe die Träger unter Ab- waschungen gefunden und für wertlos gehalten. Bei Gelegenheit habe sie fragen wollen, ob sie die geringwertigen Träger mit nach Hause nehmen dürfe. Frau W. ordnete an, daß die vor- gefundenen Hosensträger wieder nach der Fabrik geschafft werden, was auch tatsächlich geschehen ist. Damit schen die Angelegenheit erledigt zu sein.

Nach Monaten bekam das Mädchen jedoch Grund, mit der ihr zuteil werdenden Behandlung von seiten des Herrn W. h. s. l. i. d. i. unzufrieden zu sein. Der Herr Prinzipal soll mit „Be- weiswidrigkeiten“ wie „Eausilid“ und „Mistilid“ um sich gewor- ren haben und manchmal soll er auch der Näherin gegenüber handgreiflich geworden sein. Die Sch. gab die Stellung auf und sah sich veranlaßt ihren Chef beim Gewerbeamt zu be- klagen, weil er sich weigerte, den restlichen Lohn zu zahlen. Das Gewerbeamt beurteilte ihn aber glatt zur Zahlung des Lohnes für eine Woche an die Näherin und das wurde dem Herrn natürlich sehr. Da kam es ihm ganz gelegen, als er durch die Schwägerin seiner Frau die Geschäfte von den in- weit verstreuten Hosensträgern erfuhr. Er überantwortete das Mädchen, das sich über ein Jahr sonst treu und brav für ihn aufschunden hatte, wegen Diebstahls der Staatsanwaltschaft, die sich zur Erhebung der Anklage genötigt sah.

Zum großen Leidwesen des Strafantragstellers sprach das hiesige Schöffengericht das Mädchen jetzt glanzend frei, weil ihr bei der bisherigen strafflosen Führung geglaubt wurde, die So- senträger nicht in der Absicht rechtswidriger Zueignung an sich gebracht zu haben.

\* Verband der Schneider. Zum gestrigen Beilartikel über die Breslauer Gewerkschaften wird uns mitgeteilt, daß die Zu- nahme des Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes an Mit- gliedern 143 beträgt. Die Zahlstelle hatte Ende 1913 1636 Mit- glieder.

\* Von der Jnungsbank. In dem Schreiben, wodurch die Breslauer Jnungsbank für heute abend 6 Uhr ins Vincenzhaus eine Generalversammlung einberuft, heißt es: „Durch seit langem vorerleitete, aber nur ungenügend bearbeitete Angelegen- gen die Geschäftsführung der Genossenschaft, die sich in erster Linie gegen den Direktor Voorkmann und den Aufsichtsrat richten sollten, aber die ganze Jnungsbank in Mitleidenchaft gezogen haben, sind die Mitglieder der Genossenschaft in größte Unruhe versetzt worden. Der Schaden, der dadurch angerichtet worden ist, kann noch nicht überschauen werden. Die aus Berlin berufenen Revisoren der Breusenkasse und des Hauptverbandes, also voll- ständig unparteiliche Herren, werden den von ihnen festgestellten Geschäftsbericht erlassen und die Lage der Genossenschaft völlig ungeschminkt und wahrheitsgetreu erläutern. Es ist unbedingt erforderlich, daß sich dazu alle befohlenen Mitglieder der Ge- nossenschaft einfinden, damit in dieser Versammlung nicht Ge- schäfte gefaßt werden, die die ruhige Weiterführung der Geschäfte gefährden können.“

\* Wegen Kindesmord stand am Donnerstag eine gali- sische Arbeiterin vor dem Breslauer Schwurgericht. Sie hat im Eisenbahnzug ein Kind geboren, das nachher im Abort tot gefunden wurde. Die Geschworenen nahmen nur fahrlässige Tötung an, das Urteil lautet auf ein Jahr und neun Monate Gefängnis. Die Verhandlung war hinter verschlossenen Türen.

### Theater, Konzerte und Vergnügungen.

\* Stadt-Theater. In dem heute seinen Anfang nehmenden Gastspiel des russischen Ballets gelangen folgende Tänze zur Aufführung: Kleopatra, Sphixiden, der Geist der Rose, Bolomeher Tänze. Die Musikleitung hat Rhene Baton, Regisseur ist A. Grigorieff. Michael Frolin, der als choreographischer Direktor fungiert, ist der erste Star des Ballets. Frolin ist noch nie in Deutschland aufgetreten und tanzt in diesem Jahre in sämtlichen Ballets zum ersten Male. Die übrigen Stars sind vor allem die Tamen Karjawina und Frolina und Herr Vohn. Sämtlich sind hervorragend tätig die Damen Tschernoschewa, Wasilewka, Koptchowa und die Herren Krommen, Semenov, Gamilow. Die Tänzer des russischen Ballets werden gemäß einer beinahe jahrhundertlangen Tradition schon in ihrer ersten Jugend in einem Tanzinstitut erzogen (ähnlich wie bei uns die Kadetten in einem Kadettenkorps). Diese Institute werden vom Jaren finanziert. Am Sonn- abend findet das zweite und am Sonnabend abend das letzte Gastspiel des russischen Ballets statt. Sonntag nachmittags zu kleinen Preisen „Bar und Zimmermann“, Beginn 8 Uhr.

\* Einen lustigen Nickerchen veranstaltet der Frauen- und Mädchenchor „Frohinn“ am kommenden Sonntag in den Räumen des Gewerkschaftshaus. Die Veranstaltungen genannten Vereins erfreuen sich seit Jahren der allgemeinen Beliebtheit. Auch diesmal ist ein Programm aufammengestellt worden, das den Besuchern einen genussreichen Abend verspricht.

### Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Schmiedefeld. Die Gemeindevertreter-Sitzung vom 3. März beschäftigte sich mit den Einnahmen und Aus- gaben für 1914. Sie wurden auf 15 021,95 M. festgelegt. Der Zuschlag zur Staatssteuer soll 180 Prozent und zur Grund- und Gebäudesteuer 220 Prozent betragen. Dann besprach man, wie gewöhnlich, die schlechten Wegeverhältnisse in und um Schmiede- feld.

Stabelwitz. Ungelegliche Frauenarbeit. Im Oktober 1913 gab in der Kleinmischen Ziegelei einen Maschinen- defekt und um den Betrieb aufrecht zu erhalten, beschäftigte der Werkmeister Slosski zur Nachtszeit zwei Frauen und außer- dem noch einen Jugendlichen, der nachts „auszureißen“ hatte“. Das war natürlich ungesetzlich und die Gewerbeinspektion kam dahinter. In der Folge wurde gegen den Werkmeister und den Besizer der Ziegelei Klage in Anklage wegen Vergehens ge- gen die Reichsgewerbeordnung erhoben. Vor dem Breslauer Schöffengericht bestritt Klamm die Verantwortung für die vorge- kommenen Verstöße. Er habe keine Zeit, den Betrieb eingehen- zu kontrollieren, denn er sei nicht bloß Ziegeleibesitzer, sondern auch noch Besizer eines Eisen-Groß-Geschäftes, in Breslau und da sei er genügend in Anspruch genommen. Mit Recht wies der Amtsanwalt auf die Haftlosigkeit dieser Einnahmen hin und bedeutete dem schwerreichen Herrn, daß er dann eben das Eisen-Geschäft aufgeben müsse, um Zeit zu haben, in der Ziegelei nach dem Wohl und Wehe seiner Ar- beitskräfte zu sehen. Das Gericht beurteilte den Werkmeister zu 35 Mark Geldstrafe, ließ aber wider Erwarten Herrn Klamm frei ausgehen, obgleich 70 Mark Geldstrafe gegen ihn beantragt waren. Nach § 151 der Reichsgewerbe-Ordnung bleibt der Bes- izer neben dem Werkmeister mit verantwortlich, wenn Ver- stöße gegen die Arbeiterbestimmungen vorkommen. Wie wir erfahren, ist bereits von der Staatsanwaltschaft Berufung ge- gen die Freisprechung des Ziegeleibesitzers eingelegt und es geht zu hoffen, daß die Strafkammer ihn verurteilt, da nicht anzu- nehmen ist, daß sie seinen fahrlässigen Entschuldigungsgrund auch gelten lassen wird.

**Der Spionageprozess  
Grolms vor dem Reichsgericht.**

Mit einem Falle russischer Spionage hatte sich am Donnerstag das Reichsgericht zu beschäftigen. Angeklagt war der Kaufmann Friedrich Grolms aus Breslau und zwar des verurteilten Veräts militärischer Geheimnisse. Erschienen waren vier Zeugen und ein militärischer Sachverständiger aus Berlin. Der Angeklagte ist am 29. März 1883 zu Habelschwerdt geboren, verheiratet und Vater zweier Kinder. Das Reichsgericht erkannte gegen ihn auf die höchste zulässige Strafe von zwei Jahren Gefängnis und Polizeiaufsicht.

Grolms, der schon wiederholt und schwer bestraft ist, wurde 1913 in Breslau Fremdenführer, als die Jahrhundert-Ausstellung begann. Dabei soll er die Bekanntheit dreier russischer Herren gemacht haben. Von da an begann die Tätigkeit des Angeklagten, so zu seiner Verhaftung geführt hat. Nach dem Erkenntnis des Reichsgerichts, den der erste Strafsenat des Reichsgerichts am 23. Januar 1914 gefasst hat, ist der Angeklagte hinreichend verdächtig, im Jahre 1913 zu Breslau den Versuch gemacht zu haben, Pläne der Festungswerke von Breslau sich zu verschaffen, in der Absicht, diese, im Interesse der Sicherheit des deutschen Reiches geheim zu halten, in den Besitz und zur Kenntnis des russischen Nachrichtenbureaus zu bringen. Auf Antrag des Reichsanwalts wurde die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Das Urteil wurde um 12 Uhr verkündet. Der Angeklagte wurde nicht wegen verurteilten Verbrechens gegen das Spionagegesetz, sondern nur wegen Annahme der Aufklärung zur Vergebung eines Verbrechens der Spionage nach § 42 a des Strafgesetzbuches zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt; außerdem wurde Polizei-Aufsicht für zulässig erklärt. Von der erklärten Untersuchungshaft wurden 3 Monate auf die Strafe angerechnet.

**Eröffnung des Kaufhauses Petersdorf.**

Was Kapital und moderne Methode in unserer Zeit zu leisten imstande sind, davon legte die zweifache Eröffnung des neuen Kaufhauses Petersdorf in der Ohlauerstraße Zeugnis ab. Schon gegen Mittag sammelte sich eine illustre Gesellschaft von geladenen Gästen um den Ländchen, das sich zu derselben sogar der Polener Oberbürgermeister Wilmms — und von da herab bis zu den Postkutschmannen — gefüllt hatte, beweis zur Genüge, was man sogar im bescheidenen Tagelohn in Bewegung setzen kann, wenn man die Sache in die Hand nimmt. Und so angereicher beehrte das beschriebene Ereignis die Eröffnungsfest selbst, ein mit Haarer Stimme vorgetragenem Vortrag leitete sie ein, eine kleine Begrüßung des Herrn Petersdorf schloß sie, wenigstens die offizielle Feier. Herr Petersdorf trat kurz jene Absicht auseinander und beehrte die Kontinuität des neuen Beginnes, die ihre Bedürfnisse jetzt außerhalb bedenken und auch sonst den Beweis erbringen wolle, daß ein Breslauer Kaufhausgeschäft den besten des Landes ebenbürtig sein kann. Er schloß mit einem Hoch auf die Stadt Breslau. Dann begann die Besichtigung der wunderbar ausgestatteten mit Blumen überfüllten Räume, die im Glanz einer prächtigen Beleuchtung prangten und durch die praktische Anordnung der Räume für den Verkauf und die Ausstattung derselben, besonders das Parkett, dem Vorsteher hohe Ehre machte. Der in Eiche gehaltenen Parterre-Raum dient vorzüglich dem Wäscheverkauf, die erste Etage ist für die Herren-Bekleidung bestimmt, die zweite für Damen- und Mädchen-Konfektion, die dritte beherbergt Knabenkonfektion und Zuschneiderei, die vierte Kontore und Schneidwerkstätten mit einer großen Anzahl von Gehilfen und Gehilfinnen. Und Vorkassier, Wärenden und Mantel für das Personal und in dem äußerlich nicht so umfangreich aussehenden Bau unter Verwendung überausstark. Daß in Dekoration, Auslegung von Waren und Anordnung der Schauläden mit modernem Geschmack gearbeitet worden ist, braucht nicht besonders angeführt zu werden, da dies in die umfangreichen Auslagen an der Straße bezeugt ist schon. Umso merkwürdiger mußte es berühren, daß die Vorkassiergesellschaft mit der Besichtigung aller dieser Dinge in wenigen Minuten fertig zu sein schien, denn ehe man sich verah, war der größte Teil der Gäste in der vierten Etage angelangt und drängte sich etwas unzufällig um das kalte Würstel und die Bratpfannen, als ob sie der Hauptgegenstand der Besichtigung wären.

Am Nachmittag ergoß sich denn der Strom des Publikums in überfüllbarer Fülle in die neueröffneten Räume, die schon vormittags von Neugierigen umlagert waren. Zeitweise schien die ganze Ohlauerstraße gesperrt. Man wird nun mit Interesse abwarten müssen, wie sich das neue große Geschäft in den Kreis der nicht gerade wenigen Konkurrenten einarbeiten wird.

Die „Tgl. Nsch.“ in Berlin erzählt einer Korrespondenz folgende Geschichte über Herrn Petersdorf nach, um sich weidlich darüber zu entlasten: „Von einem großen Warenhaus in Breslau, das auf die Familienrichtung besondere Sorgfalt verwenden will, ist der kaiserliche Fabrik in Kabinen eine Bestellung im Rahmen von 75000 Mark aufgegeben. Der Verkäufer, der ein ehrsüchtiger Mann zu sein scheint, mußte indessen die Bestellung davon abhängig machen, daß der Kaiser nach der Fertigstellung der Einrichtung in dem Warenhaus einen persönlichen Besuch abstatte. Er erhielt aber von der Verwaltung in Kabinen den Bescheid, daß der Monarch es abgelehnt habe, bei Bestellungen an seine Fabrik derartige Zugeständnisse sich abringen zu lassen. Die Folge dieses Bescheides war, daß der Warenhausbesitzer seine Bestellung nicht aufrecht erhielt. Hierzu mag noch bemerkt werden, daß dem Kaiser alle bei der Kabiner Fabrik eintausenden Bestellungen persönlich vorgelegt werden.“

Die „Tgl. Nsch.“ hat für den selbstbewußten Mann, der sein Geld nicht so leicht herausrußt, nur Worte der Empörung. Was an der schönen Geschichte wahr ist, wissen wir nicht, doch berichtet ein Heißes Blatt, daß der „Kabiner Saal“ vorläufig mit Hypothekeln ausgestattet sei, weil „der Kaiser die Muster zu den neuen Mächeln erst prüfen wolle“. Trotzdem sind die „Kabiner Mächeln“ gestern den ganzen Tag bewundert worden.

**Geschäftsverkehr und Gewerbebetrieb am Ofterfest.**

Der Polizeipräsident macht bekannt, daß für den letzten Sonntag vor Oftern, den 5. April, die Stunden von 7 bis 9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends als Verkaufszeit für alle Zweige des Handelsbetriebes festgesetzt sind, soweit stehender Handel und der Verkauf von festen Verkaufsstellen aus (Läden und dauernd aufgestellten Buden) in Frage kommt. Hierbei wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein Ausverkauf über 6 Uhr abends hinaus nicht erlaubt ist und die Angehörigen pünktlich um 6 Uhr entlassen werden müssen. Außerdem ist an diesem Sonntag, wie an den übrigen Sonntagen, der Verkauf von Bad- und Konditorwaren, von Fleisch und Wurst, der stehende und ambulante Milchhandel und der Betrieb der Vorlofhandlungen noch von 5 bis 7 Uhr vormittags, ferner der stehende und bewegliche Milchhandel von 5 bis 7 Uhr nachmittags erlaubt.

Am 1. Osterfesttage ist der Handel mit Bad- und Konditorwaren, mit Fleisch und Wurst, mit Vorlofartikeln und Milch von 5 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags gestattet, jedoch ausschließlich der für den Hauptgottesdienst auf die Zeit von 9 bis 11 Uhr vormittags festgesetzten Unterbrechung. Ferner der stehende und bewegliche Milchhandel außerdem noch von 5 bis 7 Uhr nachmittags, der Handel mit Kolonialwaren, mit Tabak und Zigarren und mit Bier und Wein während zweier von jenen des Polizeipräsidenten auf die Zeit von 7 bis 9 Uhr vormittags festgesetzten Stunden, der Handel mit Blumen (nur von festen Verkaufsstellen aus) von 8 bis 9 Uhr und von 11

bis 12 Uhr vormittags, die Zeitungsbediensteten von 1 bis 3 Uhr vormittags.

Im Handelsbetriebe dürfen am 1. Osterfesttage Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter überhaupt nicht beschäftigt werden und es darf an diesem Tage in offenen Verkaufsstellen kein Gewerbebetrieb sein. Die offenen Verkaufsstellen dürfen für den geschäftlichen Verkehr am Sonnabend der Markwoche, am 11. April, bis 10 Uhr abends geöffnet bleiben.

**\* Stadtverordnetenversammlung.** Die nächste Sitzung der Stadtverordneten wird Donnerstag, den 12. März, abgehalten.

**\* Die Ueberführung des Kardinals Kopp.** Die Leiche des Kardinals wird heute nachmittag um 4.30 Uhr auf dem Hauptbahnhof anlangen. Der Leichenzug bewegt sich durch die Sadowastrasse, Brühlstraße, Mauritiusplatz, Garwestraße, Leisingplatz, Leisingbrücke, Adalbertstraße, Scheinlastraße, Dompfah nach dem Fürstbischöflichen Palais. Am Trauergefolge wird sich auch eine Abordnung der Sühngesellschaft befinden, bestehend aus sechzig Schülern, zwei Bachmännern und einem Kommissar.

**\* Soldatensühnhandlung.** Beim Stalldienst befahl der Fullermester Unteroffizier Reinhold Rolle vom Schleischen Trainbataillon Nr. 6 in Breslau dem Gemeinen Alfred Hüller, als Fahrer eines Gespanns aufzusitzen. Der Soldat jagte dem Vorgekehrten, er habe nicht die vorgeschriebenen Stiefel an. Der Unteroffizier gab dem Mann eine kräftige Ohrfeige, die diesen etwa zwanzig Minuten geschmerzt haben soll. Vor dem Kriegsgericht der 11. Division bezeichnete Fullermester Peiver den Angeklagten als „sehr dienst-eifrigen, tüchtigen“ Unteroffizier. Der Vertreter der Anklage, Kreisgerichtsrat Schubert, sah in der Ausschreitung einen „minderwertigen Fall“ und beantragte die gesetzliche Mindeststrafe von acht Tagen Mittel-arrest, auf die das Kriegsgericht auch erkannte.

**\* Schwere Bauunfall.** Am Donnerstag vormittag kurz vor 11 Uhr wurde der Bauarbeiter Karl Thiel, Stockgasse 17, der auf dem Neubau des Rühlhauses für den städtischen Schlachthof mit Schachtarbeiten beschäftigt ist, von plötzlich zusammenbrechenden Erdmassen verdrückt. Der Unfall ist sofort bemerkt worden und die Arbeitskollegen machten sich sofort an die Rettung des Verunglückten, die auch gelungen ist. Thiel hat aber so schwere Quetschungen erlitten, daß ihn herbeigerufene Sanitätsleute der Feuerwehr ins Allerheiligenhospital schaffen mußten.

**\* Geladete Leiche.** Am Donnerstag ist am Nechen der Mittelstraße die Leiche einer unbekanntem Frau gelandet worden. Die Verstorbene war etwa 45 Jahre alt, 1,80 Meter groß, und hat schwarzes Haar; bekleidet war sie mit schwarzem gestreiftem Kleid, schwarzem Unterröck, schwarzer Hose, grauen Strümpfen, schwarzen Schnallenschuhen, schwarzem Sammetmantel und schwarzen Lederhandschuhen. Angehörige oder Bekannte der Gestorbenen werden ersucht, sich im Zimmer 47 des Polizeipräsidiums zu melden.

**\* Ofenerexplosion.** In einer Wohnung des Hauses Schulstraße Nr. 57 explodierte am Mittwoch abend kurz nach 8 Uhr ein Stubenofen, während der Wohnungsinhaber neue Kohlen aufschüttete. Der ganze obere Teil des Kachelofens barst auseinander und wurde in das Zimmer geschleudert. Ein Brand ist nicht entstanden; auch sind Menschen nicht verletzt worden. Die herbeigerufene Feuerwehr hatte über eine halbe Stunde mit den Aufräumungsarbeiten zu tun. Die Ursache der Explosion konnte nicht ermittelt werden. Es muß angenommen werden, daß irgend ein Stück Sprengstoff in der Kohle vorhanden war.

**\* Wegen Unterdiebstahl und Unterschlagung** ist ein hiesiger Geschäftsführer festgenommen worden, der seit vielen Jahren eine angesehenere ältere Firma um große Geldsummen betrogen hat. Geld, das er bei der Post einzahlen sollte, hat er unterschlagen und das Einlieferungsbuch gefälscht. Als der Geschäftsführer die Entdeckung seiner Verdrügeren merkte, flüchtete er; in Berlin ist er am Donnerstag festgenommen worden.

**Schlesien und Posen.**

**Brieg, 6. März.** Achtung, Parteigenossen! Die Materialausgabe zur Agitation findet bestimmt Sonnabend, abends 7 Uhr, bei Reichelt, Doppelnerstraße, statt. Wer Sonnabend nicht Zeit hat, kann das Material auch Sonntag früh dort in Empfang nehmen. Also auf zur Werbearbeit, keiner fehle!

**Glogau, 6. März.** Auf zum Frauentag! Sonntag, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Genossen Schreyer eine öffentliche Frauenversammlung statt, mit der Tagesordnung: „Wo bleiben die Rechte für uns Frauen.“ Nebenbei ist Genossin Förster aus Breslau. Diese Versammlung muß eine wichtige Demonstration werden gegen die Knebelung der gesamten arbeitenden Bevölkerung, besonders aber gegen die schmachvolle Entrechtung, die die Frauen noch heute

zu erdulden haben. „Der mit dem Frauen-Wahlrecht“, muß die Parole nächsten Sonntag lauten. Diese Ziel kann aber nur erreicht werden in heiligem Kampfe, nicht dadurch, daß man hinterm Ofen hoch, eine Faust in der Tasche macht und wohl auf die bestehenden Zustände schimpft, ohne selbst einen Finger zu rühren zur Besserung derselben, sondern dadurch, daß man sich zusammenschließt und öffentlich demonstriert gegen diese schmachvolle Entwürdigung. Darum hinein in die Versammlung!

**Bismarckhütte, 6. März.** Betrügereien. Mittwoch abend wurden der in der Deutschen Volksbank angestellte Lehrling Krause und ein junger Mann von der Polizei verhaftet, die gemeinsam den Rabattparverein um 6000 Mark schädigten. Verletzte eingelöste Bücher wurden von Krause wieder herausgegeben und dann von seinem Komplizen von neuem präsentiert.

**Katowitz, 6. März.** Mädchenhandel. In Sosnowice wurde ein Kesse des Mädchenhändlers Lubelski verhaftet, dessen angebliche Frau sich als Kupplerin entpuppte, die gewerblich Mädchen über die Grenze verschleppt. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei in einem Schrank versteckt ein achtzehnjähriges Mädchen, dem die Mädchenhändler eine gute Stellung im Auslande versprochen hatten.

**Labze, 6. März.** Radlerwech. Mit dem Kopf durch die — Schausenstange gerannt ist der Arbeiter Widera aus Wieschoma. Er fuhr mit dem Rade die Stiege Schwerinstraße herunter und wollte in die Laurentiusstraße einbiegen. An der Ecke wollte er im letzten Moment einem Mädchen ausweichen, dabei fuhr er in das Schaufenster des Bäckermeisters Kowollit und zertümmerte die große Scheibe, ebenso die inneren Scheiben. Der Radler selbst verlor sich erheblich im Gesicht und an den Händen.

**Briefkasten.**

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr mittags. **M. Wilsch.** Nach Artikel 24 der Reichsverfassung ist zur Auflösung des Reichstages ein Verzicht des Bundesrats unter Zustimmung des Kaisers erforderlich. Der Kaiser kann also den Reichstag nicht nach seinem Belieben auflösen. Im Laufe der Wahlen (nächste Jahre) kann der Reichstag ein- oder mehrmals aufgelöst werden.

**Hübner.** Krankenkasse „Hoffnung“, Universitätsplatz 16, oder „Veständler“ Kohlenstr. 7.

**M. W. 2000.** Ja, das ist möglich, wenn das Gericht nach Ihrem Antrage entscheidet. Zunächst versuchen Sie, auf gültigen Wege etwas zu erreichen. Versteht sich die Gesellschaft auf gar nichts, dann können Sie den Leuten das Betreten Ihres Geschäftes verbieten.

**J. P. Sch.** Ein Hektar, 6 Ar und 12 Quadratmeter sind zusammen 612 Quadratmeter oder reichlich 8 Morgen. Der Hektar hat 100 Ar oder vier Morgen, der Ar 100 Quadratmeter. **Hegenhals 100.** 1. In der Strafsache vor dem Schöffengericht brauchen Sie nicht unbedingt einen Rechtsanwalt. Sie haben die Vorladung falsch verstanden; Sie können sich allein verteidigen. 2. Geben Sie einen Zeugen an, der ihre Angabe betätigen kann.

**N. 200.** Bei 189,51 Mk. jährlichem Einkommen und vier Kindern mußten Sie als steuerfrei angesehen werden, wenn Sie waren bei 2 Mark veranlagter Staatssteuer um zwei Stufen zu ermäßigen. Das mußten Sie f. g. genau der Steuerbehörde angeben; jetzt ist es zu spät und Sie bekommen auch in dem gezahlten Steuerbeträgen keinen Pfennig zurück.

**Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.**

Nach Bresl. Zeitst. d. T. G. + 6 Min.	4. März	5. März	6. März	7. März	
	Tem. Mitt. / Abd. 9 Uhr	Tem. Mitt. / Abd. 9 Uhr	Tem. Mitt. / Abd. 9 Uhr	Tem. Mitt. / Abd. 9 Uhr	
Luftwärme (C.)	+ 5,6	+ 8,4	+ 8,8	+ 7,9	+ 6,0
Luftdruck (mm) 0 Grad	742,2	741,4	744,4	740,2	738,4
Baromet. (mm)	4,6	6,1	5,2	6,4	7,0
Luftfeuchtigkeit (%)	67	88	89	81	100
Wind (0—12)	SW 3	SW 3	SW 3	SW 3	SW 3
Wetter	heiter	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 6,50. Gestern fast beständig Regen. Nachts Regen.

Zur Reduktion auf Meeresebene sind 18,1 m hinzuzufügen.

**Bersammlungen und Vereine.**

Sonntag, den 8. März: Heizungsmonteur und Helfer. Früh 10 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Märzdorf-Ohlau. Bauarbeiter. Sonntag nachmittags 3 Uhr in Stammlokal.  
Jauer. Frauen-Versammlung, Sonntag abend 7 Uhr im „Maler“.

**Alles erreicht man**

lange Haltbarkeit des Leinens  
blendend weisses Aussehen des Leinens  
enorm. Zeitersparnis beim Waschen d. Leinens

durch Anwendung des in 20 Jahren erprobten,

alleintätiger.

[13902

**Minlos'schen Waschpulvers**

Minlos'sches Waschpulvers

Nur echt mit

dieser Schutzmarke!



Zu haben in Drogen-, Kolonialwaren-, Apotheker- und Selbstgeschäften, so groß von der Fabrik.

**L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld.**





## Deutscher Reichstag.

228. Sitzung.

Donnerstag, den 5. März, nachmittags 1 Uhr.  
Am Bundesratsitz: Krawitz.  
Die zweite Beratung des Postetats

Die zweite Beratung des Postetats wird fortgesetzt.  
Beim Titel „dauernd erforderliche Hilfsleistungen bei den Verkehrsanstalten“ wird eine von der Kommission beantragte Resolution angenommen, die Erhöhung der Tagelöhner der nicht-erstmäßig angestellten Post- und Telegraphenassistenten wünscht, und Verbesserung der weiblichen Gehältern bei den Postämtern 3. Klasse.

Beim Titel „Zuschuß zu den Krankenkassen“ wird eine ebenfalls von der Kommission beantragte Resolution angenommen, die einen Bericht über die Ergebnisse und Leistungen des ersten Betriebjahres der Krankenkassen verlangt.

Zu der von der Kommission geforderten Ostmarkenzulage gegen Anträge der Rechten und der Nationalliberalen, auf Wiedereinstellung der Zulage vor; außerdem beantragen die Konservativen eine Resolution, die den Reichskanzler ersucht, zu erwägen, ob diese Zulagen auch auf andere gemischtsprachige Gebiete des Reiches ausgedehnt werden können.

Staatssekretär Kräfte: Die Verwaltung legt großen Wert auf die Ostmarkenzulage, ihre Entziehung ist eine große Härte für die Beamten, die sie jahrelang hatten. Die Zulage hat keinen politischen Charakter, sondern soll die Reichsbeamten mit den preussischen Beamten gleichstellen.

Abg. Schlee (Nat.): Die Zulage hat keinen anti-politischen und auch keinen antikatolischen Charakter. Wir sind so kulturell, daß wir lieber Unrecht leiden (Heiterkeit), als eine antikatolische Maßregel zu befechtigen. Von einer korumpierenden Wirkung der Zulage kann auch keine Rede sein, sie soll lediglich die wirtschaftliche Gleichstellung der Postbeamten mit den übrigen Beamten herbeiführen.

Abg. Nothe (Soz.): Es ist absolut unrichtig, daß es sich bei der Zulage um eine wirtschaftliche Frage handelt, es handelt sich vielmehr um eine politische Frage. Ist die Zulage eine Reflexion der Wünsche der Beamten, so sind unsere Anträge, die aber gerade bei der Realisierung und den Parteien im Widerstand gestanden sind, die bei der Ostmarkenzulage ihr armes Verze für die Postbeamten erdenken. Deshalb glauben wir nicht, daß der Staatssekretär aus Mitleid mit den Unterbeamten für diese Zulage eintritt. Denn die Unterbeamten in einer anderen Grenzprovinz hat er durchaus im Stich gelassen, und hat sich geweiht, für ihre gekränkte Ehre einzutreten.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Gewiss ist durch die Entziehung der Zulage mancher Beamte getroffen, aber in den nächsten Tagen werden wir uns ja über die Belohnungsvorlage unterhalten, und da können die Regierung und die Parteien, die jetzt für die Ostmarkenzulage eintreten, ja dafür sorgen, daß jeder Not abgeholfen wird. Die Ostmarkenzulagen sind eine politische Kampanfmaßnahme und zwar eine der verwerflichsten und auch schärfste zu bekämpfenden Maßnahmen zur Unterdrückung der Polen. Da wir arbeitsfähige Gegner solcher Kampfmethoden sind, werden wir selbstverständlich gegen diese Zulagen stimmen, und auch gegen die Resolution, die ihre Ausdehnung auf andere Grenzgebiete wünscht. Auch dort würden wir sonst zu dem beschämenden Zustand kommen, wie sie sich in den polnischen Bezirken herausgebildet haben. Wenn Preußen seine feindsprachigen Staatsbürger gewinnen will, mag es eine Politik der Humanität, der Kultur und der Demokratie betreiben. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Graf Westarp (Konf.): Den Postbeamten ist durch die Entziehung der Zulage ein schweres Unrecht zugefügt. Die Sozialdemokraten sind ja grundsätzliche Gegner gegen alle nationalen Bestrebungen (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten) und haben daher kein Verständnis für diese Zulagen. Aber die Herren vom Zentrum sollten sich doch überlegen, ob sie bei der Streichung der Zulagen beharren wollen. (Bravo! rechts, Bischen b. d. Soz.)

Abg. Koppich (Vol.): Wir waren früher Gegner der Ostmarkenzulagen, weil sie widerrechtlich waren; nachdem sie unwiderruflich geworden sind, stimmen wir dafür. Eine Ausdehnung der Zulagen auf andere gemischtsprachige Gebiete, zum Beispiel Elb-Lothringen, wäre erwünscht. (Beifall b. d. Vpt.)

Abg. Brandts (Vole): Die Berechtigung der Ostmarkenzulagen ist auch heute nicht erwiesen worden. Eine Gleichstellung der Reichs- und Landesbeamten ist auch sonst nicht überall durchgeführt. Ist das Gehalt der Postbeamten zu niedrig, so soll die Regierung es erhöhen. Der Nationalitätenkampf geht

die Beamten nichts an, sie sollen ohne Rücksicht darauf, ihren Dienst im Interesse des Publikums verrichten. (Sehr richtig! bei d. Soz.) Im Osten ist das Leben nicht teurer, sondern billiger als im Westen, also auch aus diesem Grunde ist die Zulage nicht berechtigt. Graf Westarp hat ja offen zugegeben, daß die Zulage aus politischen Gründen eingeführt ist. Der Staatssekretär wies auf die politischen Beamten hin, die die Zulage ja auch bekämen. Dabei wird ein Vole als Beamter nirgends angestellt, nicht einmal nachträglich durch ein Vole werden.

Abg. Westin (Kpt.): Die Ostmarkenzulage ist den Beamten ganz ohne ihre Schuld entzogen worden, deshalb sollte sie ihnen wieder gewährt werden. Dafür, daß sie korumpierend wirkt, ist ein Beweis nicht erbracht worden. (Widerpr. b. d. Polen und den Soz.)

Abg. Lebedour (Soz.): Verschiedene Vertreter des in seine Bestandteile aufgelösten Bülowblocks, der bei solchen Gelegenheiten wie dieser ein schäbliches Wiederaufleben erfährt, haben sich Mühe gegeben, nachzuweisen, daß die Regierung aus rein wirtschaftlichen Gründen die Wiederherstellung der Ostmarkenzulage im Interesse der Postbeamten fordert. Auch Graf Westarp hat in dieses Bock-Horn (Heiterkeit) gefaßt, hat aber alles, was er damit eventuell erreichen konnte, bei denen, die die Dinge nicht genau kennen, im nächsten Augenblick wieder vollkommen zunichte gemacht, als er sagte: „An die Herren von der Sozialdemokratie wende ich mich nicht, da sie für nationale Zwecke nicht zu haben sind. (Hört, hört! bei den Soz.)“

Zunächst ist dieser Ausdruck sehr ehrenvoll für uns, weil darin das Eingeständnis liegt, daß wir für Zwecke nicht zu haben sind, die unter dem Namen „nationale Zwecke“ in Wirklichkeit Gesinnungskorruptionen bezwecken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn Graf Westarp wirklich glaubte, daß es sich hier um rein wirtschaftliche Zwecke handle, hätte er gar nicht diesen Ausdruck wählen können, daß wir für nationale Zwecke nicht zu haben sind. (Sehr gut! bei den Soz.)

Im Wirklichen ist dies, was Sie hier national nennen, in seinen Wirkungen das im deutschen Sinne antinationalste. Das beweisen ja die Erfolge der ganzen Germanisationspolitik, durch die nichts erreicht worden ist, als daß eine

leidenschaftliche Erbitterung zwischen Polen und Deutschen im deutschen Reich künstlich großgezogen ist. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Das ist für ihn ein unfassbarer Gedanke. Der ist unmöglich im deutschen Reich. In diesem System, daß bei der Anstellung und Behandlung der Beamten maßgebend ist, ihre politische Gesinnung, darin liegt schon die tiefste Korruptionserbenz.

Abg. Lebedour (Soz.): Verschiedene Vertreter des in seine Bestandteile aufgelösten Bülowblocks, der bei solchen Gelegenheiten wie dieser ein schäbliches Wiederaufleben erfährt, haben sich Mühe gegeben, nachzuweisen, daß die Regierung aus rein wirtschaftlichen Gründen die Wiederherstellung der Ostmarkenzulage im Interesse der Postbeamten fordert. Auch Graf Westarp hat in dieses Bock-Horn (Heiterkeit) gefaßt, hat aber alles, was er damit eventuell erreichen konnte, bei denen, die die Dinge nicht genau kennen, im nächsten Augenblick wieder vollkommen zunichte gemacht, als er sagte: „An die Herren von der Sozialdemokratie wende ich mich nicht, da sie für nationale Zwecke nicht zu haben sind. (Hört, hört! bei den Soz.)“

Zunächst ist dieser Ausdruck sehr ehrenvoll für uns, weil darin das Eingeständnis liegt, daß wir für Zwecke nicht zu haben sind, die unter dem Namen „nationale Zwecke“ in Wirklichkeit Gesinnungskorruptionen bezwecken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn Graf Westarp wirklich glaubte, daß es sich hier um rein wirtschaftliche Zwecke handle, hätte er gar nicht diesen Ausdruck wählen können, daß wir für nationale Zwecke nicht zu haben sind. (Sehr gut! bei den Soz.)

Im Wirklichen ist dies, was Sie hier national nennen, in seinen Wirkungen das im deutschen Sinne antinationalste. Das beweisen ja die Erfolge der ganzen Germanisationspolitik, durch die nichts erreicht worden ist, als daß eine

leidenschaftliche Erbitterung zwischen Polen und Deutschen im deutschen Reich künstlich großgezogen ist. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Das ist für ihn ein unfassbarer Gedanke. Der ist unmöglich im deutschen Reich. In diesem System, daß bei der Anstellung und Behandlung der Beamten maßgebend ist, ihre politische Gesinnung, darin liegt schon die tiefste Korruptionserbenz.

Abg. Lebedour (Soz.): Verschiedene Vertreter des in seine Bestandteile aufgelösten Bülowblocks, der bei solchen Gelegenheiten wie dieser ein schäbliches Wiederaufleben erfährt, haben sich Mühe gegeben, nachzuweisen, daß die Regierung aus rein wirtschaftlichen Gründen die Wiederherstellung der Ostmarkenzulage im Interesse der Postbeamten fordert. Auch Graf Westarp hat in dieses Bock-Horn (Heiterkeit) gefaßt, hat aber alles, was er damit eventuell erreichen konnte, bei denen, die die Dinge nicht genau kennen, im nächsten Augenblick wieder vollkommen zunichte gemacht, als er sagte: „An die Herren von der Sozialdemokratie wende ich mich nicht, da sie für nationale Zwecke nicht zu haben sind. (Hört, hört! bei den Soz.)“

Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Redner zur Ordnung. Abg. Lebedour (fortfahrend): Ist es möglich, daß eine Korruptionserbenz noch schlimmer ist? (Vizepräsident Baasche: Damit wiederholen Sie den Vorwurf.) Ich habe nur die weitere Konsequenz gezogen. (Heiterkeit.) — Also, noch ein Beispiel — das Objekt (auf den Staatssekretär zeigend) — ist hier (Heiterkeit.) Vor einigen Tagen haben wir erlebt, wie Vertreter verschiedener Parteien dem Staatssekretär Hochachtungsmachen über sein Verhalten gegenüber den elässischen Postbeamten anlässlich der neuesten Geldengeschichte v. Reuter und v. Roskner. Wie hat der Staatssekretär darauf reagiert? Hat er, wie das sonst

Vizepräsident Dr. Baasche: Die Sache ist erledigt. Wir haben hier nicht mehr über Zabern zu sprechen. Abg. Lebedour (fortfahrend): Gestatten Sie, es ist doch durchaus zulässig, eine Parallele anzuführen (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) die einen Differenzpunkt, der zur Debatte steht, erläutert. Wenn Sie zuhören wollten, Herr Präsident

Vizepräsident Dr. Baasche: Es ist selbstverständlich, daß ich zuhöre, wenn Sie sprechen. Ich bitte Sie also, sich mit diesen Ausführungen kurz zu fassen. (Große Unruhe bei den Soz.) Ich bitte mich nicht zu unterbrechen.

Abg. Lebedour: Ich werde sehr kurz sein. Vizepräsident Dr. Baasche: Ich bitte Sie also, die Parallelen kurz durchzuführen, aber nicht auf das Thema zurückzukommen. Abg. Lebedour: Das entspricht ganz meinen Intentionen. (Heiterkeit bei den Soz.) Also, wie hat Herr Kräfte darauf reagiert? Hat er, wie sonst Minister, wenn ihren Beamten ehrenrührige Vorwürfe gemacht werden, in der schärfsten Weise dagegen protestiert? Nein, er hat geantwortet: „Was Derr Reuter jagte, war ganz richtig.“

Sehen Sie, damit komme ich zu der Hauptanwendung: wenn der Staatssekretär bei derartigen Unfällen sich so benimmt, was sagen dann die von ihm abhängigen Beamten? Es gibt auch ehrenwerte Beamte natürlich, aber die korruptionsfähigen Elemente unter ihnen sagen auch: Wir müssen gegenüber diesen verdammt Wackes einmal eine gehörig rauhe Seite herauskehren, dann werden wir uns das Wohlgefallen des Herrn Kräfte erwerben. (Sehr gut! bei den Soz.)

Dann wird das nicht und werden wir von den Kreuzenblindern deshalb angegriffen. So nimmt uns Herr Kräfte nicht in Schutz. Das sagen sich die korruptionsfähigen Beamten, und sie werden danach handeln, aber nachweisen können Sie es ihnen trotzdem nicht, wenn nachher ein solcher korruptionsfähiger Beamter gegen die Elb-Lothringer scharf vorgeht. Da haben Sie die Parallele, wie korumpierende Wirkung ausgeübt wird. Ein solches System werden wir jederzeit und überall in Deutschland bekämpfen. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Sie haben schon wieder von Korruptionssystem gesprochen, was ich schon einmal gesagt habe. Sie haben doch nachweisen wollen, daß ein Korruptionssystem besteht. (Lebedour: Jawohl!) Dagegen muß ich die Regierung in Schutz nehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Charlinski (Vole) tritt für die Verwerfung der Ostmarkenzulage ein. Staatssekretär Kräfte bittet nochmals, den Postbeamten in den Ostmarken doch nicht den gehnten Teil ihres Gehalts zu streichen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Meine Freunde verbleiben bei dem Beschlusse der Kommission. Daß die Zulagen „unwiderruflich“ sind, bedeutet gar nichts, weil ja jeder Beamte gegen seinen Willen verjagt werden kann, und dann die Zulagen verliert.

Die Diskussion schließt. In namentlicher Abstimmung wird die Wiedereinstellung der Ostmarkenzulagen in den Stat mit 144 gegen 127 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ebenfalls in namentlicher Abstimmung abgelehnt wird die konservative Resolution auf Ausdehnung der Ostmarkenzulagen auf andere gemischtsprachige Kreise und Reichsteile mit 188 gegen 121 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen.

Beim Titel „Beiträge an die Betriebskrankenkassen der Post kritisiert Abg. Behrens (Wirtsch. Bergg.) die Aufhebung der Familienbeihilfen bei diesen Krankenkassen. Direktor im Reichspostamt Mosenborn: Nach Inkrafttreten der N.-V.-D. muß die Satzung und nicht mehr der Vorstand über die Familienbeihilfen und die für sie zu zahlenden Zuschüsse entscheiden. Bisher haben nur wenige Beamte die Zuschüsse bezahlt; wir konnten sie daher nicht allgemein in die Satzungen aufnehmen. Wir behalten die Sache aber im Auge.

Beim Titel „Technische Betriebsrichtungen bemerkt Abg. Dr. Luard (Soz.): Die unterirdischen Kabel für Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen sind den oberirdischen bei weitem überlegen. Es ist anzuerkennen, daß in ihrer Ver-

## Kunst und Wissenschaft.

### Der Streit um das Salvarjan.

In der letzten Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft, an welcher auch der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bumm und der Wirkliche Beibime Medizinalrat Dr. Kirchner teilnahmen, fand eine Debatte über die Wirkungen des Salvarjans statt. In Stelle Ehrlich sah man seinen getreuen Anhänger Dr. Benario aus Frankfurt am Main. Nachdem der Vorsitzende, Geheimrat Orth, in wenig Worten des verstorbenen Mitgliedes Professor Joachimthal gedacht hatte, führte er aus, daß er schon vor Wochen die Syphilitisbehandlung als Thema für den heutigen Tag vorgelesen hatte, bevor er wissen konnte, daß neuerdings wieder ein heftiger Streit um das Salvarjan entbrenne, und sogar der Reichstag sich mit dieser Frage befassen würde. Er gab sodann dem Berichterstatter des Abends, Herrn Geheimrat Prof. G. Lesser, dem Direktor der Charitéklinik, das Wort. Dieser schilderte zunächst, welche Fortschritte man seit der vor neun Jahren von Schaudinn gemaachten Entdeckung des Syphilitisregens, der sogenannten Schaudinnischen Spirochaeta pallida, in der Diagnose der Syphilitis gemacht habe, und wie auch durch die Entdeckung der Wassermannschen Reaktion die Diagnose syphilitischer Späterkrankungen erleichtert und gefördert worden sei. Durch die so ermittelte frühzeitige Erkennung der Krankheit sei natürlich auch die Behandlung eine viel wirkungsvollere geworden, so daß man hoffen könne, namentlich bei rechtzeitigem Beginn frischer Fälle, bevor noch die Wassermannsche Reaktion positiv sei, namentlich durch das von Ehrlich entdeckte Salvarjan die Syphilitis in vielen Fällen völlig zu kuppieren. Es sei kein Zweifel, daß die Behandlung mit Salvarjan, und namentlich die von ihm gebilligte kombinierte Behandlung, das heißt eine gleichzeitige Behandlung mit Quecksilber und Salvarjan, viel wirkungsvoller sei als die frühere reine Quecksilber- und auch als die reine Salvarjanbehandlung. Er könnte andererseits aber nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Behandlung mit Salvarjan in vielen Fällen schwere Gesundheitsstörungen zur Folge gehabt hat, und daß im vorigen Jahre nicht weniger als 87 Todesfälle zu verzeichnen waren, die sicher auf das Salvarjan zurückzuführen sind, während bei weiteren 187 Fällen das Salvarjan noch die indirekte Veranlassung des Todes war. Geheimrat Lesser sprach schließlich die Hoffnung aus, daß mit Hilfe des Salvarjans die Ausrottung der Syphilitis nicht mehr so un-erreichbar wie früher sei. In der Debatte sprach nur noch Professor Wechselmann, der

das Salvarjan viel günstiger beurteilt als Lesser, stand in vielen Punkten in starkem Gegensatz zum Referenten; so verwarf er beispielsweise völlig die Kombination von Quecksilber und Salvarjan und führte gerade auf diese die Todesfälle zurück! Die Debatte wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

### Aus aller Welt.

#### Fünfzehn Personen von einer Lawine verschüttet.

Ein großes Unglück ereignete sich im Gebiet des Großen Otler (Tirol). Auf dem Wege vom Gomagoj zur Payerhütte wurde eine militärische Eskadron des 3. Landesschützenregiments, im ganzen zwanzig Personen, von einer Lawine verschüttet. Fünfzehn Mann sind tot, darunter auch Offiziere und der Kommandant des Sperrforts Gomagoj. Ein Offizier und vier Mann konnten sich retten.

Von Meran, Schlanderz und Bozen gingen Rettungsmannschaften ab.

#### Eine zehntöpfige Familie verbrannt.

In der pyrischen Anstalt in Jekaterinodlaw (Rußland) gerieten durch unvorsichtiges Umgehen mit Feuer 8000 Kisten in Brand. Eine aus zehn Personen bestehende Familie kam in den Flammen um.

#### Zur Patronenexplosion in Hamburg.

##### Fünf Todesopfer.

Von den bei der Explosion in dem Patronenschuppen der Firma Schwalbe verunglückten Arbeitern sind in der Nacht zum Donnerstag noch zwei ihren Verletzungen erlegen, so daß die Katastrophe bisher fünf Todesopfer gefordert hat. Zurzeit der Explosion passierte eine Karosse den Querteil der Baracke wurde durch herabstürzende Trümmer schwer beschädigt, einer der Eigentümer erlitt schwere Verletzungen am Kopfe.

### Vom Schlachtfeld der Arbeit.

In Fern dorf bei Siegen kippte die Lokomotive einer Transportbahn um, wobei das Kesselrohr platzte. Durch die austretenden Dämpfe wurde der Maschinist so schwer verbrüht, daß er verstarb. Auch der Setzer hat so schwere Brandwunden erlitten, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

### Spritexplosion auf einem russischen Gut.

Auf dem Gut der Gräfin Alstard bei Zula (Rußland) fand in der Spritfabrik eine Explosion statt. Die dreistöckige Brennerei wurde mit sämtlichen Maschinen völlig zerstört. Der Direktor Kulischow und sein Sekretär wurden hierbei getötet. Kulischow wurde völlig zerquetscht, während sein Sekretär, der an der Fabrik vorüberging, durch den Luftdruck gegen ein anderes Gebäude geschleudert und ebenfalls getötet wurde. Es waren 130000 Rub Sprit explodiert.

### Der geistesranke Muttermörder verhaftet.

Der Muttermörder Gustav Goebcke in Berlin ist am Donnerstag vormittag in einem Privatlokal festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt worden. Goebcke hatte dort die letzte Nacht zugebracht und war bereits durch sein schneues Wesen aufgefallen. Als man das Signalement in den Zeitungen las, benachrichtigte der Logisthaber die Polizei, die sofort einen Beamten und eine Schwester des Goebcke dorthin entsandte, worauf seine Festnahme erfolgte. Im Verhör legte er sofort ein Geständnis ab.

Im Geld fand man bei dem Verhafteten noch 250 Mark. Er hatte also gegen 30 Mark ausgegeben. Goebcke, der fast nur noch aus Haut und Knochen besteht, macht den Eindruck eines Geisteskranken.

Er hat keine Mutter oft bedroht und mehrfach gedroht, daß er sie umbringen werde, aber nicht sie allein, sondern wie er sagte: „Erl die Mutter, dann den Doktor und dann die Schwefel.“ Mit dem Doktor hat es folgende Bewandnis. Vor sieben Jahren fiel er hin und verletzte sich schwer. Weil ein Knochen splitter in das Gehirn eingedrungen war, mußte ein ärztlicher Eingriff vorgenommen werden. Seitdem behauptet Goebcke, daß er durch die Operation krank geworden sei. Deshalb wollte er sich an dem Arzte rächen.

**Staatssekretär Kräfte:** Die Verabreichung unseres gesamten Fernsprechnetzes würde etwa eine Milliarde Mark kosten. Wir gehen mit der Verabreichung so rasch vor, als wir irgend können.

**Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):** Bei der Erziehung der modernen Fernsprechanlagen durch moderne in Dresden war der ganze Fernsprechnetz länger als ein halbes Jahr so gut wie lahmgelegt. Erst nach Monaten wurde das nötige Personal zur raschen Erledigung der Arbeiten beschafft. Würde die Verwaltung in analogen Fällen aus den Dresdener Vorparlamenten die nötige Lehre ziehen?

**Staatssekretär Kräfte:** Fehler sind in Dresden ja gemacht worden, aber die ganze Schuld trägt doch nicht die Verwaltung, sondern man muß auch die Schwierigkeit der Sache in Betracht ziehen.

**Abg. Dr. Quard (Soz.):** Wir vernichten eine Forderung, daß mit der Verabreichung ein Schlichter vorgegangen werden soll. Wenn die Verabreichung eine Milliarde kostete, so muß diese Summe bei den Ausgaben für das Heer im Interesse dieser wichtigen Kulturfrage gespart werden. (Bravo! bei den Soz.)

**Abg. Landadel (Soz.):** Die Wünsche der Telegraphenarbeiter sind sehr wenig berücksichtigt. Vor allem verlangen sie Anrechnung ihrer Dienstjahre, wenn sie Beamte werden. In Bezug auf das Wohn- und Wattengeld sind die Telegraphenarbeiter anderen Kategorien gegenüber zurückgesetzt. Ferner wünschen sie die Erleichterung eines Reichsarbeiterauschusses. Eine unerhörte Bevormundung liegt in der Bestimmung, daß die Ausschüsse sich über gemeinsame Stellung von Vorschlägen nicht verständigen dürfen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Löhne der Telegraphenarbeiter bedürfen dringend der Aufbesserung; die für die Ostmarkenzulage geforderte, aber abgelehnte Summe sollte hierzu verbraucht werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sehr berechtigt ist auch der Wunsch auf Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage. Ich weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll, ob über die Gehälter, mit der diese Arbeiter ihre Verhältnisse ertragen, oder über die Gleichgültigkeit, mit der die Regierung ihren Wünschen gegenübersteht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Hedemann (Nat.):** Der Staatssekretär sollte sich gerade bei schlechtesten Telegraphenarbeiter annehmen. Obwohl sie persönlich bei ihm waren, hat er ihre Wünsche zwar recht freundlich, aber ganz bestimmt abgelehnt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Kopyk (Vpt.):** Die Ablehnung der Wünsche der Telegraphenarbeiter liegt durchaus nicht im Interesse der Verwaltung; sie kann nur Erbitte unter den Arbeitern erwecken. Auch die Ablehnung von Reichsarbeiterauschüssen ist unverwundlich.

**Abg. Behrens (Wittich, Vgg.):** Weil der Staatssekretär Reichsarbeiterauschüsse ablehnt, ist der Reichstag gezwungen, sich selbst als Reichsarbeiterauschuss zu etablieren. (Sehr richtig!)

**Staatssekretär Kräfte:** Die Löhne der Telegraphenarbeiter sind in den letzten Jahren dauernd aufgebessert worden. Berechtigten Wünschen kommen wir soviel wie möglich entgegen. Der Titel wird bewilligt. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. (Vorher kurze Anfragen.)

Schluß 7 Uhr.

### Preussisches Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung. Donnerstag, den 5. März 1914, vormittags 11 Uhr.

**Am Ministerlich: v. Ebdow.**

Zunächst steht ein Gesetzentwurf, betr. die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund und Venerung der Amtsgerichtsbezirke Eickrop und Dortmund und ein dazu gehöriger konservativer Antrag zur Beratung.

**Abg. v. Gieseler (Kon.)** begründet den konservativen Antrag, die Landgemeinden Eising und Kemmingshausen beim Landkreis Dortmund einzufügen der Kreisvergrößerung zu lassen.

Ein Regierungskommissar wendet sich gegen den Antrag, ebenso der Abg. Schwedendick (Nat.).

**Abg. Hür (Soz.):** Wir sind für die Annahme des Gesetzes in seinem vollen Umfange, dagegen lehnen wir den konservativen Zusatzantrag ab, denn die in diesem Antrag angeführten Gemeinden bilden gerade das Kernstück für die vorzunehmende Eingemeindung. Redner gibt einige drastische Beispiele für die Abhängigkeit der Gemeinden vom Kapital. Ja, wenn wir es noch mit den alten einheimischen westfälischen Grubenbesitzern zu tun hätten, aber Vertreter internationaler Kapitalistenkonzerne bringen in die Kommunalverwaltungen und soogar in den Reichstag ein, ohne ein Interesse an der gedeihlichen Entwicklung unserer Kommunen zu haben. Es kommt hinzu, daß das geltende Kommunalwahlrecht mit seiner Klassenstellung der Plutokratie einen beherrschenden Einfluß in den Gemeinden sichert. Wenn wir die Bewegung der Vermögensverhältnisse der Bevölkerung verfolgen, so sehen wir, daß mit der steigenden Industrialisierung eine steigende Armut Hand in Hand geht. Auch dazu steht das hohe Lied, das auf unsere gegenwärtige Wirtschaftspolitik gehalten wurde, in bestem Kontrast. Ueberall nehmen die Armenlasten in den Gemeinden zu und da muß man sich doch

ein ausdauerndes Jahrhundert-Freudenfeuer. Ein spätes Mißgeschick ist der Verwaltung der Feste „Ludwig“ in Kellinhausen passiert. Sie hatte — wie andere Feste auch — zur Jahrhundertfeier der Leipziger Völkerschlacht am 18. Oktober auf der Schlachthalde ein Freudenfeuer angezündet. Das sollte die patriotische Begeisterung der Festeherren mit hellem Scheine beleuchten. Der Verwaltung mochte wohl von Kriegervereinsfesten und gelben Stützungsfeiern her bekannt sein, daß es gut ist, wenn man dem Feuer kräftige und angemessene Maßnahmen zuführt. Ein Faß Teer — kein Schanz — tat denn auch gute Dienste. Es qualmte und stank zwar zum Vollerbarren, aber es brannte auch und der Wind trieb das Feuer nicht auszuwehen. Am 19. Oktober hätte nun das Freudenfeuer laut Programm verlöschen sollen. Das fiel aber gar nicht ein, es brannte lustig weiter. Der Oktober ging vorüber, der November und Dezember — oben auf der Halde brannte es noch immer. Das brennende, dünnflüssige Teer war tief in den Schlachthäufen eingedrungen und hatte die dazwischen befindlichen Kohlenreste entzündet. Satten anfänglich die Festeherren über diese Ausdauer ihres Freudenfeuers noch gelacht, so wurde ihnen jetzt vor soviel Gestank und Schwefelbampf übel. 50 Arbeiter sollten nun mit Hacken und Schaufeln der Verteilung ein Ziel setzen, aber trotz langer Bemühungen gelang es nicht; das Feuer brannte, als wenn es die nächste Jahrhundertfeier noch erleben wollte. Nun wurde das aus dem Schacht gepumpte Grubenwasser auf die brennende Halde geleitet. Tag und Nacht strömten die Wassermassen — einige Kubikmeter in jeder Minute — auf den Brandherd und wurden am Fuße der mächtigen Halde in einem besonders erstickten Kanal abgeleitet. Jetzt soll, wie ein Offener Blatt meldet, endlich ein Erfolg der langwierigen und kostspieligen Löscharbeit zu sehen sein.

**Die gefundenen Millionen.** Man schreibt dem „Vorwärts“ aus Brüssel: Der Spektakel, der nach dem Tode Leopolds um seine Millionen anhub, geht zu Ende: der Staat kriegt seine Millionen. Die Löhner kriegen die Ihren und — man erinnert sich, daß es Prozesse gab — in den Armen liegen sich beide. Der eben der Kammer zugegangene Entwurf des Justizministers, der den Vergleich zwischen dem Staat und den drei Söhnen Leopolds in der Erbchaftsangelegenheit regelt, enthält eine schwebende Kolonne von siebenstelligen Ziffern. ... Alles in allem erben Leopolds Löhner 87 Millionen, von denen sie jetzigen bereits 21 Millionen herausbekommen haben. Bekanntlich zeigte sich bei der Uebernahme des Conas durch Belgien, daß

einige, wie das der den steigenden Unternehmerrisikanten, bei dem rasche wachsenden Reichtum möglich ist. Mit kleinen Ballastmitteln ist da nichts getan. Da sei es nicht wunderbar, wenn sich die Leute in die offenen Arme der Sozialdemokratie stürzten. Diefem frechen Hyksos der Bechenbesitzer müssen wir entgegenzutreten. So sehen die Leute aus, die den Arbeiterschlächterschutz unter dem Deckmantel des Schutzes der persönlichen Freiheit verlangen und das Koalitionsrecht einschränken wollen. (Veh, Veiloff bei den Soz.)

**Abg. Dr. Bredt (Zentr.):** Wir stimmen dem Entwurf zu. Bessere Arbeiterwohnungen müssen nicht von den Gemeinden, sondern von den Privaten gebaut werden. Die Ausfälle des sozialdemokratischen Abgeordneten Que haben mit dem Gesetz nichts zu tun.

**Abg. Grundowaki (Zentr.):** Auch wir stimmen für den Entwurf.

**Abg. Traub (Vpt.)** erklärt sich für den Entwurf und gegen den konservativen Antrag.

Der konservativ Antrag wird abgelehnt, der Entwurf in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen.

### Der Handwerker.

Hierzu fordert ein konservativer Antrag Maßnahmen gegen ein Monopol der großen Elektrizitätsgesellschaften.

**Abg. Dr. Meyer (Zentr.):** Wir müssen vor allem Mittelstandspolitik treiben, zu diesem Zweck lohnende Arbeit für das Handwerk schaffen und das Verdingangehen von einer General- aus einer Mithriltung der Handwerkskammern regeln. Dem konservativen Antrage stimmen wir zu. — Der Redner acht in folgendem auf die Wünsche seiner Partei zur Hebung des Handwerkerstandes im einzelnen ein und bekämpft in diesem Zusammenhang die üble Gewohnheit selbst besser sitzierter Leute, die Handwerker nicht soviel nach Herstellung der Arbeiten zu bezahlen und ferner den Hausierhandel.

**Schröder-Cassel (Nat.):** Einen erhöhten Schutz der Arbeitswilligen halten wir für dringend nötig. Nach dem Erlaß der R. V. O. muß eine gewisse Ruhe in der Sozialpolitik eintreten. Vor allem ist von einer Arbeitslosenversicherung abzusehen. Der Erlaß, den der Minister die Warenhäuser betreffend, unserer Anregung gemäß in der Kommission herausgegeben hat, ist nicht energig genug durchgeführt worden. Früher war unsere Rechtsprechung dem Handwerk sehr ungünstig, weil sämtliche Großbetriebe für Fabriken erklärt wurden. Jetzt hat die Regierung auch Großbetriebe im Handwerk anerkannt. Das ist lebhaft zu begrüßen. Auch die Frage der Pranzierung der Industrie zur Lehrlingsausbildung ist jetzt gelöst worden. Die Handwerker müssen sich zu Genossenschaften zusammenschließen zur Verbesserung des Substitutionsweises. Die soziale Lage der Hausbesitzer ist längst vorüber. Auch da muß der Staat helfend eingreifen. Das Kleingewerbe hat jetzt einen schwereren Stand als die Industrie und dem Mittelstand, der die stärkste Stütze des Staates ist, muß eine wirksame Hilfe zugewandt werden. (Beifall v. d. Natl.)

**Minister v. Ebdow:** verpricht die Anregungen des konservativen und nationalliberalen Redners zu berücksichtigen.

**Abg. Franke-Waldenburg (Freik.):** Meine politischen Freunde sind mit dem konservativen Antrage einverstanden. Wir begrüßen die Erklärungen, die gestern der Minister, betreffend eine Erhöhung der Warenhaussteuer, abgegeben hat. Mit Recht beklagt sich das Handwerk über die bisherige Judikatur der Gerichte, die zwischen handwerksmäßigen und fabrikmäßigen Betrieben falsche Unterschiede zu ungunsten des Handwerks machte.

**Abg. Wente (Sp.):** Auch wir bekämpfen die Monopolbestrebungen in der Elektrizitätsindustrie. Eine gewisse Beschränkung des Hausierhandels ist notwendig und wird von den Hausierern selbst gefordert, z. B. der Beschäftigung ausländischer Hausierer. Die Handhabung der Volkzeitung im Gastwirts-gewerbe darf nicht zur Beschränkung der Vereins- und Vertammlungs-freiheit mißbraucht werden. Die Mittelstands-freundlichkeit der Konservativen zeigte sich bei den Wahlen, als sie die liberalen Handwerkerkandidaten zu Falle brachten. (Beifall links.) Unter diesem Wahlschutz, das die Konservativen nicht besser wollen, ist es unmöglich, dem Mittelstand gründlich zu helfen. (Vorn rechts, Beifall v. d. Volksparteilern.)

Freitag 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

### Parteiangelegenheiten.

Die preussische Regierung und die rote Woche. Soeben erhält das Pressebureau die vertrauliche Mitteilung, daß die preussische Regierung Anweisung gegeben hat, unsere Arbeit in der roten Woche so viel als möglich zu erschweren. Die Regierungspräsidenten haben dieser Anordnung der preussischen Regierung dadurch Folge gegeben, daß sie an die Landratsämter — natürlich auch durch geheime Erlaß — die Anweisung gab, die Gendarmen und Polizeibehörden sofort zu beauftragen, in der roten Woche alle Plakate der Sozialdemokratie, die in Wirtschaften ausgehängt werden sollten, sofort zu konfiszieren und über die Anhänger ein Straf-

eine nicht unbedeutliche Anzahl von Millionen — Leopold hat sich prinzipiell nicht mit Zahlen unter sechs Nullen abgegeben — sozulagen verschwinden waren, wenigstens für den Staat, für den das Amteingeschäft damit nicht gerade rentabel geworden war. Die Bagadelle, um die der Staat durch die Käufe und Finessen Leopolds geprellt werden sollte, betrug nach der Schätzung Jansons und Bertrand's 30 Millionen Frank. Der Minister Meunier habe damals keinen leichten Stand gegenüber der Opposition, die, ihr im besten Fall als einen von Leopold Dürstern behandelte. Diese Millionen wurden von Leopold in der berühmten Niederfallbüchse nach den diversen „Societes“, die sämtlich aus Strohmännern gebildet wurden, zu dem Zweck vergaben, sie dem Staat und den Kindern abwendig zu machen. Die „Fertümer“ wurden aufgelöst, die Millionen sind „aufgefunden“ worden. Die Prinzessin Louise und die Gräfin Lougan projizierten und fordern den ganzen Anteil, verloren aber den Prozeß, der nunmehr mit dem in dem Entwurf niedergelegten Vergleich endet. Dem Staat verblieben nach Abzug von 6 Millionen für die Niederfallbüchse und einem weiteren Abzug von etwa 2 Millionen ungefähr 52 Millionen. Es sind wirklich „aufgedundene“ Millionen.

**Kaiserkrankungen in einer Unteroffizierschule.** Wie soeben amtlich gemeldet wird, ist in der bayerischen Unteroffizierschule für den Feld-Bruck in den letzten Tagen Grippe ausgebrochen. Insgesamt wurden 70 Erkrankungen festgestellt. 42 Mann befinden sich noch in Behandlung. Abgesehen von einem Fall sind die Erkrankungen leichter Natur.

**Schneesturm im Schwarzwald.** In den höheren Teilen des Schwarzwaldes ist seit etwa 20 Stunden ein heftiger Schneesturm bei 4 Grad Kälte. Der Schnee liegt auf den Beräntungen des südlichen Schwarzwaldes ungefähr 70 Zentimeter hoch. In den Hochalpen ist durch Schnee und Hindbruch großer Schaden angerichtet worden.

**1100 Kilometer auf Schneeschuhen.** Eine gute Leistung haben russische Militärschneeschuhläufer vollbracht. Eine Abteilung von 64 Schneeschuhläufern der Garde mit drei Offizieren machten den Weg von Jaroslaw Selc nach dem Gouvernement Archangelsk und zurück, insgesamt gegen 1100 Kilometer, auf Schneeschuhen.

in Arbeit zu verhängen. Das Vorgehen gegen die rote Woche-Plakate soll gegründet werden auf § 9 des alten preussischen Pressegesetzes vom 12. Mai 1851.

### Frauenbewegung.

#### Die Hausfrauen und das Wahlrecht.

Begründen wir die Forderung des Wahlrechts für die Frau mit ihren ökonomischen Leistungen, so könnte es scheitern, als ob für die Hausfrauen nicht der gleiche Rechtsanspruch anerkannt werde. Dem ist jedoch keineswegs so. Zunächst sind die Bezeichnungen: „Arbeiterin und Hausfrau“ durchaus nicht zwei sich gegenseitig ausschließende Begriffe. Das ist aus der Praxis bekannt und ein Blick auf die Statistik beweist es. Unter den 10 Millionen erwerbender Frauen, die 1907 in Deutschland gezählt wurden, waren 4 Millionen, die verheiratet waren oder verheiratet gewesen waren, die also der Pflichten der Hausfrau und Arbeiterin erfüllten.

Weiter: Wer heute nur-Hausfrau ist, muß morgen, dank der Unsicherheit der Existenz der Arbeiterfamilien wieder zur Erwerbsarbeit greifen. Und schließlich muß noch ausdrücklich betont werden, daß nicht der Dienst der Einzelnen für die Gesellschaft, den Rechtsstiel des weiblichen Geschlechtes auf volles Bürgerrecht sicher stellt, sondern die Summe der Tätigkeit großer Scharen von Frauen, die für die Gesellschaft unentbehrlich ist.

Daneben soll aber auch nachdrücklich das häusliche Wollen der Frau als wichtige und segensreiche Tätigkeit anerkannt werden: Als eine Tätigkeit, die scheinbar nur der Einzel-familie nützt, in Wirklichkeit jedoch darüber hinaus der Gesamtheit dient. Denn für unsere Kulturentwicklung kann es nicht gleichgültig sein, wieviel von der geistigen Kultur unserer Zeit dem Einzelnen durch die Familie vermittelt wird.

Von der Art und dem Umfang des häuslichen Wollens der Frau — wenigstens in Arbeiterkreisen — hängt in hohem Maße sowohl das körperliche Wohlbefinden als auch das sittliche Verhalten und die geistige Weiterentwicklung der Familienmitglieder ab. Wieweit es bei ihrem geringen Einkommen möglich ist, der Familie dennoch verhältnismäßig gute Wohnstellen zu sichern, die Wohnräume bequemer zu gestalten, das ist, von außerhalb der Familien liegenden Umständen abgesehen, in erster Linie abhängig von der Tätigkeit der Hausfrau und von ihrer Fähigkeit, im Heime jene Atmosphäre zu erzeugen, in der geistige Interessen lebend und befruchtend werden.

Freilich, ein riesengroßer Fleiß, die Aufopferung und Selbstlosigkeit einer Heidin gehören dazu, damit die Frau unter dem Zwange der unglücklichen Verhältnisse so wirken kann. Uebrigens wird es daher auch ihr lebhafter Wunsch, und mehr: eine dringende Notwendigkeit, daß sie in den Besitz des Wahlrechtes komme, ausgerüstet mit dieser Waffe im politischen Kampf sich der unglücklichen Einflüsse von außen zu erwehren. Sei es, daß sie den Kampf führt gegen die warenverteuernde Polizeisehgebung, durch die ihre Sorgen erhöht, die Erfüllung ihrer Hausfrauenpflichten enorm erschwert werden. Sei es, daß sie sich in den Reihen ihrer Klassen-genossen stellt, um den menschenverderbenden Militarismus Kampf, erbitterten Kampf anzufangen; dem Militarismus, der uns mit dem bielernden Druck höher und immer höher werdender Steuern belastet; der, als das höchstorganisierte Machtmittel der Besitzenden zu unserer Knechtung und Unterdrückung dient; der uns aus der letzten Kriegergefahr nimmer herauskommen läßt und der — den eigenen Willen und den avierten Stolz der gemeinen Soldaten durch seine eiserne Disziplin und seine Drillmethode zu brechen, sie zum bedingungslosen Unterordnen zu erzieren bemittelt ist. Sei es, daß sie den Kampf zu führen gedankt, für die so notwendige Wohnungsreform und Wohnungsinsubaktion; oder aber, daß sie in bestem Mitleid mit den kommunalen Einrichtungen, die in mannigfacher Hinsicht ihre Hausfrauenwürde erleichtern können, das Wahlrecht nicht entbehren kann.

So fest begründet also für die Hausfrauen der Anspruch auf volles Bürgerrecht ist, so wichtig und unentbehrlich ist es für sie im Kampf um materiellen und geistigen Aufstieg, im Kampf gegen all die feindlichen Mächte, die während in ihr Leben eingreifen, dabei als schwerer wirtschaftlicher Druck und verhängnisvolle Hindernisse sich ihrer hausfraulichen Tätigkeit entgegenstellen.

Darum auf ihr Hausfrauen! Stellt Euch in die Reihen Eurer Schwestern und kämpft mutig und begeistert für Eure politische Gleichberechtigung. Der diesjährige Frauentag ruft auch Euch unter die Fahnen!

**Frauentag.** Wie uns aus Paris mitgeteilt wird, wird die Gruppe der sozialistischen Frauen des Seine-Departements, welche der französischen Sozialdemokratie angeschlossen ist, zum ersten Mal am Frauentage teilnehmen. Auf Veranlassung der Gruppe der sozialistischen Frauen findet am Montag, den 9. März, in Paris ein großes internationales Meeting statt, in welchem das volle Bürgerrecht für die Frauen gefordert werden wird.

### Kleine Notizen.

— Protest gegen die Nobelpreisverteilung. In Schweden und Norwegen ist man in Gelehrtenkreisen seit Jahren mit der Art der Verteilung des Literatur-Nobelpreises nicht zufrieden, da sie nach Ansicht dieser Kreise dem Sinne des Stifters nicht entspricht. Wie nun die „Neue Preussische Korrespondenz“ erzählt, hat sich der Ingenieur Leonad Swab, einer der letzten noch lebenden Testamentszeugen Alfred Nobels, soeben öffentlich gegen die Grundzüge, die bei der Verteilung des Nobelpreises maßgebend sind, gewendet. Wie er sagt, habe Nobel den Preis ausdrücklich zur Förderung der Wissenschaften bestimmt, nicht etwa zur Krönung derer, die ihr Ziel bereits seit langem erreicht haben. Es verlaute, daß auf diesen Einspruch hin das Nobelomitee in Zukunft den Preis nach anderen Grundzügen verteilen wird.

— Ein Demokraten-Denkmal. Dem im vorigen Jahre verstorbenen Demokraten Janson wird in Brüssel ein Denkmal errichtet werden. Die Organisation einer Subskription zu diesem Zweck wird von der parlamentarischen Linken, Sozialisten und Liberalen, in die Hand genommen.

— Flugzeuge als Minenräger. Die Marine-Verwaltung der Vereinigten Staaten legte am Späteneingang von Pensacola in Florida an neun verschiedenen Stellen Minen aus. Dann flog ein Flugzeug auf und begann über dem Hafen zu kreisen. Der Pilot, der weder die Zahl noch die Lage der Minen kannte, vermachte in kurzer Zeit aus einer Höhe von 500 Metern nicht nur alle neun Minen genau zu lokalisieren, sondern sah deutlich sogar die Retten, an denen die Minen verankert waren.

Die Rückkehr der Südpolexpedition Mawson. Die australische Südpolexpedition Mawson, die zur Erforschung des Kaiser-Wilhelm-Landes ausgezogen war, ist auf ihrem Schiffe „Aurora“ in Adelfarbe eingetroffen. Mawson erklärte, die Expedition sei sehr erfolgreich gewesen. Das Aufsuchen des Meeresgrundes habe eine außergewöhnliche biologische Sammlung von Fischen und Seetieren ergeben, von denen einige aus großer Tiefe erlangt worden seien. Viele dieser Funde seien für die Wissenschaft noch neu. Auch eine großartige Vogelsammlung sei angelegt worden. Ferner seien sehr reiche Lager von Kohlen und anderen Mineralien entdeckt worden. Ein Teil der Expedition hat furchtbar zu leiden gehabt. Drei Mitglieder kamen um. Mawson selber hatte dreißig Tage allein ohne Hilfsmittel zurückzukommen, dem Hungertode nahe.